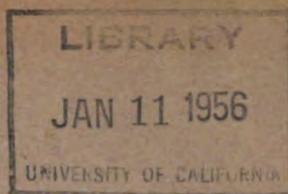


AL
DUPLICATE
LIBRARY



Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 43

BERLIN, DEN 26. OKTOBER

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Der 10. Jahrestag der Oktober-Revolution und die Arbeiter-Delegationen
Rede des Genossen Bucharin im Präsidium des Ekki am 27. September 1927
Martynow: Die ökonomische Plattform der Opposition und die ökonomische
Wirklichkeit / Kabaktschijew: Der Septemberaufstand in Bulgarien

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 43

26. OKTOBER

I N H A L T

	Seite
Der 10. Jahrestag der Oktoberrevolution und die Rußlanddelegationen	2075
Rede des Genossen Bucharin im Präsidium des EKKI am 27. September 1927	2078
Benett: Der neunte Parteitag der Kommunistischen Partei Englands	2089
A. Martynow: Die ökonomische Plattform der Opposition und die ökonomische Wirklichkeit	2098
Christo Kabaktschijew: Der Septemberaufstand in Bulgarien	2118

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	" 0,40
Postabonnement monatlich	" 1,—
Per Kreuzband monatlich	" 1,25
Postabonnement Quartal	" 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar .

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DER 10. JAHRESTAG DER OKTOBER-REVOLUTION UND DIE RUSSLAND-DELEGATIONEN

Zehn Jahre sind vergangen, seitdem der große Oktoberumsturz vollzogen wurde. Der Oktoberumsturz wurde in einer Zeit vollzogen, als die ganze Menschheit verblutete und als die durch den Imperialismus entfesselten höllischen Kräfte der Zerstörung ungehemmt am Werke waren. Die rote Fahne, welche über Rußland wie Blitzesleuchten aufging, hat die Höllenfinsternis des imperialistischen Krieges zerrissen.

Der internationale Charakter der Oktoberrevolution kam zu allererst in dem Druck des internationalen Kapitals auf die Sowjetrepublik zum Ausdruck. Die Räuber der ganzen Welt bewiesen, daß sie den Sinn und die Bedeutung des Triumphes der proletarischen Revolution in der Epoche der großen sozialen Erschütterungen erkennen. Und die junge Republik, die Frucht des siegreichen Aufstandes der Bauern und Arbeiter unter der Führung der Kommunistischen Partei, die Verkörperung aller Größe und Macht nicht nur der russischen Arbeiterklasse, sondern des Proletariats der ganzen Welt, hatte schon am ersten Tage nach dem großen Sieg nicht nur mit der heimischen Konterrevolution, sondern auch mit dem Weltimperialismus den Kampf zu bestehen.

Die Lage der jungen Republik der Arbeit, welche in den Flammen des imperialistischen Krieges erstand, war nicht nur außerordentlich schwierig, sondern auch im höchsten Maße gefährlich. „Die größte Not und Gefahr Europas“, schrieb Lenin, „liegt darin, daß es dort keine revolutionären Parteien gibt. Es gibt Verräterparteien. Revolutionäre Parteien gibt es nicht“. Die Parteien des Verrates — die Parteien der II. Internationale — tun, was sie nur vermögen, um ihren Regierungen im Kampf gegen den ersten sozialistischen Staat beizustehen und die Arbeiter aller Länder zu verhindern, auch die rote Fahne zu hissen, welche über Rußland weht.

Am 24. November 1917, das ist einige Tage nach dem großen Oktoberumsturz, schrieb Rosa Luxemburg, welche vom Breslauer Gefängnis aus die revolutionären Ereignisse mit dem tiefsten Interesse verfolgte, an Karl Kautskys Frau:

„Natürlich werden sie sich (die Bolschewiki. D. V.) in diesem Hexensabbath nicht halten können, nicht weil die Statistik eine zu rückständige ökonomische Entwicklung in Rußland aufweist, wie Dein gescheiter Gatte ausgerechnet hat (und dessen Beispiel jetzt unsere Ultra-Oppositionellen folgen. D. V.), sondern, weil die Sozialdemokratie in dem hochentwickelten Westen aus hunds jämmerlichen Feiglingen besteht, und die Russen, ruhig zusehend, sich wird verbluten lassen. Aber ein solcher Untergang ist besser als „leben bleiben für das Vaterland“, es ist eine weltgeschichtliche Tat, deren Spur in Aeonen nicht untergehen wird.“

Der Charakteristik, welche Rosa Luxemburg von der europäischen Sozialdemokratie gibt, ist hinzuzufügen, daß in den Jahren, welche dem großen Oktoberumsturz folgten, die Sozialdemokraten sich nicht nur als kleimütige Feiglinge erwiesen, sondern auch als gediegene Verräter. Gleichzeitig aber hat sich Rosa Luxemburg auch in ihrer Annahme geirrt, daß die Bolschewiki sich in dieser komplizierten, schwierigen und gefährlichen

Lage nicht werden halten können. Die Arbeiter und Bauern vermochten die Hiebe aller Feinde, welche im Laufe der Jahre mit Hilfe von Bajonett und Hunger die Sowjetrepublik zu vernichten versuchten, abzuwehren.

Der Sieg der Sowjetmacht über ihre grausamen und mächtigen Feinde ist nicht nur ein Triumph der Arbeiter und Bauern der USSR, welche mit ungeheurer Kraft unter der genialen Führung Lenins und der durch ihn gegründeten starken Kommunistischen Partei kämpften, sondern auch der Triumph der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die Sozialdemokraten vermochten wohl, den Widerstand des Kapitalismus gegen jene revolutionären Erschütterungen zu stärken, welche in der ganzen Welt unter dem unmittelbaren Einfluß der Oktoberrevolution sogleich nach Beendigung des imperialistischen Krieges vor sich gingen. Die Sozialdemokratie der ganzen Welt konnte jedoch die Arbeiter nicht daran hindern, ihre tätige Sympathie mit der großen proletarischen Revolution zu bezeugen, und dieses Verhalten der Arbeiter zur Oktoberrevolution hat die Räuber der ganzen Welt an Händen und Füßen gefesselt.

Der Feldmarschall Foch erinnert sich mit Schmerzen daran, daß „kurzsichtige“ politische Faktoren ihn im Jahre 1919 daran gehindert haben, einen organisierten militärischen Feldzug zur Zerstörung des Sowjetreiches zu unternehmen. Der brave General kann sich nicht vorstellen, daß die Staatsmänner, auf welche er sich bezieht, sich nicht deshalb skeptisch gegenüber seinem Plane verhielten, weil sie die Bedeutung der Oktoberrevolution nicht genügend eingeschätzt hätten, auch nicht deshalb, weil sie an den kriegerischen Mut von Foch und der gesamten Generalität der kapitalistischen Armeen nicht geglaubt hätten, sondern deshalb, weil sie wußten und begriffen, daß man mit Generalen allein eine Volksrevolution nicht besiegen kann, und daß ein unmittelbarer Kontakt der Soldatenmassen mit dem Sowjetlande eine größere Bedrohung für den westeuropäischen Kapitalismus, als für die junge Sowjetrepublik bedeutet.

Zehn volle Jahre sind nunmehr vergangen, seitdem die Sowjetmacht entstanden ist. Sie hat es nicht nur vermocht, ihren Feinden an den Kriegsfrenten standzuhalten und so die abgeschmackte Theorie Kautskys Lügen zu strafen, daß „das Kriegswesen nicht die starke Seite der Arbeiterklasse ist“, sondern sie entfaltet jetzt ihre schöpferische Macht auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale wurde auf jene Tage verlegt, an welchem das Weltproletariat das erste Jahrfünft der Sowjetmacht feierte. Schon damals, im November 1922, verglich der Kongreß der Kommunistischen Internationale das fünfjährige Bestehen der Sowjetmacht mit dem fünften Jahre der großen französischen Revolution und stellte fest, daß die junge Sowjetrepublik am fünften Jahrestage ihres Bestehens beweisen kann, daß sie schon aus dem blutigen Abgrund empor- und aufwärts steigt, indem sie ihren wirtschaftlichen Apparat vervollständigt und die ökonomische Lage des Landes verbessert. In der Hauptsache konnte damals — in der Zeit der fünften Jahreswende — nur von einem einzigen Jahre angespannter Anstrengungen an der Wirtschaftsfrent die Rede sein.

Das ganze zweite Jahrfünft des Bestehens der UdSSR steht unter dem Zeichen des sozialistischen Aufbaus. Der Weltimperialismus tat und tut alles, was er vermag, um den wirtschaftlichen Aufbau der ersten Republik

der Arbeit zu hemmen. Die Lakaien der Bankiers der ganzen Welt, die ausgesprochen bürgerliche und reformistische Presse sind mit nichts anderem beschäftigt, als in trüben Farben den schweren Kampf auszumalen, welchen die Werktätigen der UdSSR auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus führen. Die Anstrengungen der Feinde der UdSSR sind jedoch eitel. Der Aufbau des Sozialismus geht vorwärts und bestätigt so die Grundthese Lenins, daß im ersten Lande der Diktatur des Proletariats alles, was zum Aufbau des Sozialismus notwendig und hinreichend ist, vorhanden ist.

Eben deshalb bemerken wir gerade in der letzten Zeit eine neue fieberhafte Kampagne im Lager der Imperialisten, welche sich zum Ziel setzt, den Versuch einer militärischen Intervention gegen die UdSSR im großen Maßstabe zu wiederholen.

Im Wesen handelt es sich um die Verwirklichung des Fochschen Lieblingsplanes, der Vernichtung des ersten sozialistischen Staates mit Waffengewalt.

Die Arbeiter der kapitalistischen Länder und die geknechteten Völker in den Kolonien und Halbkolonien kennen die Absicht der Imperialisten und begreifen vortrefflich, daß die Sache der Verteidigung des ersten sozialistischen Staates ihre eigene, ureigene Sache ist. Darin wurzelt auch das in so ungeheuerem Maße aktive Interesse, welches die jetzt Unterdrückten und Beraubten der ganzen Welt der UdSSR entgegenbringen. Es handelt sich nicht nur darum, daß die Solidarität mit der Sowjetrepublik gegen die imperialistischen Räuber in platonischer Form zum Ausdruck kommt, sondern es geht um ihre tatsächliche Verteidigung. Und so ist es kein Zufall, daß das englische Komitee für die Organisierung von Delegationen nach der UdSSR den Gedanken einer Vereinigung sämtlicher Delegationen, welche von allen Enden der Welt zur heiligen Heimat der Arbeit pilgern, in einen einzigen Kongreß der Freunde der Verteidigung der UdSSR propagiert. Ebenso wenig ist es ein Zufall, daß dieser Vorschlag in der Arbeiterschaft Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Oesterreichs lebhaften Widerhall gefunden hat.

Das englische Komitee schlägt vor, nur zwei Fragen auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen: 1. Die Ergebnisse des zehnjährigen Bestehens der UdSSR, 2. die Verteidigung der UdSSR. Diese beiden Fragen sind auf das engste miteinander verbunden. Das zehnjährige Bestehen des ersten sozialistischen Staates ist das mächtigste Werkzeug gegen den Imperialismus in den Händen des Weltproletariats und in den Händen der Unterdrückten und Beraubten. Und gerade deshalb arbeitet die Bourgeoisie mit solcher Aktivität an ihren Kriegsplänen zur Vernichtung der Sowjetrepublik.

Seit dem Triumph der Oktoberrevolution ist die ganze Welt in zwei Lager zerfallen — das Lager des Kapitalismus und das Lager des Sozialismus. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß die Grenze, welche die beiden Lager teilt, mit den Landesgrenzen, welche die UdSSR von der ganzen imperialistischen Welt trennt, zusammenfällt. In der ganzen Welt sehen wir jetzt zwei ungeheure Bewegungen: eine Welle boshafter Hasses gegen den ersten sozialistischen Staat und eine Welle brüderlicher Solidarität für die sozialistische Heimat aller Unterdrückten und Beraubten. Die erste Welle findet ihr Bild und ihren Ausdruck in der aggressiven Politik der kapitalistischen Staaten unter Führung des britischen Imperialismus, der gleichzeitig Vorbereitungen trifft, die UdSSR durch wirtschaftliche Blockade

wie durch Giftgase zur Strecke zu bringen. Die zweite Welle findet ihren Ausdruck in der Mobilisierung und Festigung der aufrichtigen und hingebungsvollen Freunde der großen Oktoberrevolution.

Der zehnte Jahrestag wird auf diese Art nicht nur zum Jubiläum des großen Sieges, nicht nur zum großen Festtag der Werktätigen, sondern auch zu einer H e e r s c h a u der Kräfte des Kapitalismus und des Sozialismus.

REDE DES GENOSSEN BUCHARIN IM PRÄSIDIUM DES EKKI AM 27. SEPTEMBER 1927

Genossen! Die heute von uns zu diskutierende Frage ist sehr zugespitzt, doch hat sie diese Zuspitzung nicht durch unsere Schuld erhalten. Wir können hierbei die politischen Fragen nicht umgehen, die der Genosse Trotzki in seiner Rede berührt hat, obwohl diese Fragen schon einige Male einer eingehenden Diskussion unterworfen und hierzu bereits Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der KPSU gefaßt worden sind. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, die vom Genossen Trotzki in seiner Rede aufs neue berührten, keineswegs neuen Argumente, sei es auch nur kurz, zu besprechen.

Sowohl vom Genossen Trotzki wie vom Genossen Wujowitsch haben wir hier gehört, daß das Evangelium der „orthodoxen Marxisten“, der „Leninisten“ usw. usw. ihre sogenannte Plattform ist, die allen Mitgliedern des Präsidiums der Kommunistischen Internationale bekannt ist. Und andererseits haben wir von den Genossen Trotzki und Wujowitsch gehört, daß eine e h r l i c h e Erläuterung der politischen Linie und eine ganze Reihe ähnlicher Tugenden notwendig seien. Ich will deshalb vor allem unter diesem Gesichtswinkel das neue Oppositionsevangelium betrachten und alle Mitglieder des Exekutivkomitees fragen: genügt dieses neue Oppositionsevangelium den elementaren Ansprüchen eines e h r l i c h e n innerparteilichen Kampfes, den Forderungen, die von der Opposition heuchlerischerweise aufgestellt werden? Fördert etwa die Plattform, e i n e K l ä r u n g der politischen Fragen und die Festsetzung der Linie der Komintern und der KPSU?

Eine ganze Reihe von Genossen hat hier bereits den Charakter der wichtigsten Schlußfolgerungen betont, mit denen die Opposition gegen die KPSU und Komintern in den Kampf tritt. Die Opposition formuliert ihre Folgerungen in vier Punkten. Diese vier Punkte muß man nacheinander analysieren. Wir werden dann sehen, w i e die elementare kommunistische Ehrlichkeit der Opposition selbst ausschaut. Gegen unsere Partei wurden vier Anschuldigungen vorgebracht: a) die angeblich beginnende Liquidierung des Außenhandelsmonopols; b) unsere angebliche Bereitschaft zur Bezahlung der Kriegsschulden; c) unsere angebliche Bereitschaft zur „Erweiterung der NEP“ — wie hier einige Genossen nicht ganz richtig und nicht ganz genau gesagt haben —, vielmehr „zur Erweiterung der politischen Rechte der Kulaki“, denn s o steht es geschrieben in der fortan

„berühmten“ Plattform der Opposition und in ihrem „berühmten“ Evangelium; d) endlich besagt die „Plattform“, daß wir uns anschicken, „aus China wegzugehen“ und überhaupt jedweder Unterstützung national-revolutionärer Bewegungen zu entsagen. Unter diesem Banner begibt sich die Opposition in ihren „ehrlichen“, „leninistischen“, „orthodox-marxistischen“ usw. usw. Kampf gegen unsere Partei und gegen die Kommunistische Internationale. Trotz der scheinbaren „Aufrichtigkeit“, mit der hier der Genosse Wujowitsch sprach, kann man ihm nur sagen, daß alle von der Opposition gegen uns vorgebrachten Anschuldigungen von Anfang bis zu Ende Lügen sind. (Zwischenruf: Richtig!)

Der erste Punkt — das Außenhandelsmonopol. Auf Grund welcher Beschlüsse, Maßnahmen, Schritte und Resolutionen unserer Partei geruht die Opposition die Folgerung bezüglich dieses „Planes“ einer Aufgabe des Außenhandelsmonopols zu ziehen? Wer hat ihr derlei Mitteilungen gemacht? Wo werden Sie auch nur eine Zeile entdecken, die davon spräche? Sie wissen selbst, daß Sie dies ausgesprochen haben zu dem speziellen Zweck, um menschwüstisches Gift in die Reihen der Kommunistischen Internationale zu tragen!

Ich komme nun zur zweiten Frage — zur Frage der Schulden.

Ich behaupte, daß in der ganzen Geschichte unserer Partei keine Gruppe, keine Fraktion jemals mit so vergifteten Waffen gekämpft hat, wie Sie es in dieser Frage gegen unsere Partei und die Komintern tun. Die Opposition weiß sehr wohl, daß sie das von Anfang bis zu Ende erfunden hat, daß sie in diesem Punkte bewußt lügt. Und mehr als das, Sie wagen es, gegenwärtig in diesem Punkte offen mit Verleumdungen aufzutreten und Ihre Anhänger treten gegenwärtig in jeder Versammlung, in jeder Zelle mit dieser Frage auf.

(Trotzki: „Wir sind ja angeblich nur ein Häuflein von Intellektuellen!“)

Sie fassen „das Häuflein“ allzu starr auf. Ein Dutzend — vielleicht ein weiteres, selbst hundert bis zweihundert Intellektuelle könnten Sie sammeln. Im Vergleich mit der Millionenpartei ist dies ein „Häuflein“. Die Opposition tritt gegenwärtig vor den Arbeitern mit folgenden Redensarten auf: „Man hat euch ja nicht gefragt“, „man muß sofort die Arbeitermasse fragen, wieviel wir zahlen können, sonst kann es ja zu einem Ausverkauf des Sowjetlandes kommen“. Sie wissen sehr wohl, daß wir die gemeinsten Verräter der proletarischen Diktatur und der Arbeiterklasse wären, wenn wir vorher unsere Absichten an die große Glocke hängen würden, indem wir offen erklärten, welche Menge von Tscherwonzen, Franken oder Dollar, wir wem, zu welchem Zeitpunkt und wofür zu zahlen bereit sind. Sie wissen ganz genau, daß eine solche Methode mit dem Verrat militärischer Geheimnisse an unsere Gegner gleichbedeutend wäre. Nichtsdestoweniger werfen Sie in die Massen dieses „Argument“, weil Sie vor nichts mehr zurückschrecken; weil Sie vor nichts Halt machen, um unsere Partei in der schwierigen Situation, die sie eben durchmacht, zu schädigen. Und hinterher treten Sie hier auf und wagen es, mit der Miene der „Unschuld“ und „Herzensreinheit“, der „Entrüstung“, des „Unwillens“ gegen uns, mit „reiner Stirn“ von Ihrer Aufrichtigkeit zu sprechen! Man muß wahrlich jeden Rest von proletarischem Gewissen

eingebüßt haben um mit solchen Anschuldigungen hervorzutreten und solche Plattformen zu schreiben.

Sie sagen, wir wollten die politischen Rechte der Kulaki erweitern, obwohl Sie genau wissen, daß, wenn bei uns in der gegebenen Entwicklungsetappe unserer Revolution auch irgendwelche Modifikationen der Politik möglich sind (nachdem wir, dank der auf dem 14. Parteitag aufgezeichneten Linie, das Dorf, in erster Linie ihre mittleren Bauernmassen, beruhigt haben), daß, wenn wir jetzt an irgendetwas denken können, dies nur ein Vorstoß gegen den Kulak sein kann, nicht aber eine Einräumung von politischen Rechten an ihn, ähnlich, wie Sie solche Rechte den Milchfrauen vom Jaroslawer Bahnhof und dem parteilosen Intellektuellenpack einräumen. (Beifall.)

Mit das Empörendste und gleichzeitig einer ihrer Haupttrümpfe (zu Ihrer Schande!) und einer Ihrer wichtigsten „Schachzüge“ ist die These, daß wir „aus China weggehen wollen“.

Es ist Ihnen vorzüglich bekannt, daß wir uns nicht nur nicht anschicken aus China wegzugehen, sondern daß wir alle Anstrengungen machen, um die neue Welle der chinesischen Revolution mit allen Mitteln zu unterstützen. Trotzdem erscheinen Sie hier und sprechen die Verleumdung aus, daß wir aus China weggehen wollen. Wer kann so sprechen? Können ehrliche Anhänger einer ehrlichen Parteidiskussion so sprechen? So können nur politische Falschspieler sprechen, die all ihre Pflichten gegenüber der Partei und dem Proletariat vergessen haben!

Genosse Trotzki hat bei seinem heutigen Auftreten ebenfalls versucht, einen Trumpf auszuspielen, indem er darauf anspielte, daß wir die Kommunistische Internationale „kuomintangisieren“, daß wir die Kuomintang aus den Reihen der Kommunistischen Internationale nicht hinauswerfen wollen. Genosse Trotzki wurde aber auf frischer Tat ertappt, weil wir niemals einen Beschluß bezüglich der Aufnahme der Kuomintang in die Kommunistische Internationale gefaßt haben.

Wenn Sie von einem Beschlusse der Kommunistischen Internationale sprechen, — so seien Sie so liebenswürdig, den Zeitpunkt, das Datum des Beschlusses, das Dokument anzuführen, in dem von einer Aufnahme der Kuomintang in die Kommunistische Internationale die Rede ist. Sie schütten hier Ihren ganzen Sarkasmus, Ihre Galle, die Schmutzkübel, von denen Sie einen großen Vorrat besitzen, über uns alle aus, wo Sie sagen, daß wir uns in der Frage bezüglich des Ausschlusses der Kuomintang aus der Kommunistischen Internationale so hartnäckig zeigten. Der Genosse Trotzki hat stets eine große Menge von Tafeln, Diagrammen und anderes zur Hand; für diesen Zweck stehen ihm die entsprechenden Genossen zur Verfügung; er durfte deshalb in ähnlichen Fragen nicht so nachlässig verfahren! Sie haben auch hier eine politische Fälschung begangen und wollen nun auf diese Karte setzen.

Das ist also Ihre bewundernswerte „Aufrichtigkeit“, „Loyalität“, Ihre „Gentlemanart“, „Feinheit“ u. a. Man kann auch gentlemanlike sehr große, nicht nur kleine Gemeinheiten begehen.

Genosse Trotzki spricht von einer neuen politischen Situation in China. Er erklärt, daß wir für einen Tag in der „Prawda“ die Losung der Sowjets aufgestellt hätten, jetzt aber eine Niederlage usw. vorbereiteten,

indem wir diese Losung zurückzogen. Wahrlich, eine allzu saloppe Manipulation, Genosse Trotzki, die Ihrer gerühmten Akkuratessse unwürdig ist! Wenn Sie in die Dokumente hineingeschaut hätten, die die Kommunistische Internationale gesandt hat, insbesondere in das letzte Rundschreiben, das wir im Namen des Exekutivkomitees an alle Parteien gerichtet haben, und ebenso in die entsprechenden, Direktiven enthaltenden Telegramme, so hätten Sie dort auch etwas bezüglich der Losung der Organisation von Sowjets gefunden, die für die nächste Zukunft als aktuelle Losung aufgestellt wird, dann hätten Sie dort die Entscheidung der Frage bezüglich des Verhältnisses zur Kuomintang usw. gefunden. Sie interessiert dies aber nicht. Für Sie gibt es keine Kommunistische Internationale, für Sie gibt es einen Stalin, in bestem Falle einen Stalin und Bucharin, die anderen aber — das sind Söldner, die die Beschlüsse des Politbüros und des Orgbüros zur Ausführung bringen. Was kümmert Sie das alles, weshalb sollten Sie in den Beschlüssen der Komintern herumwühlen? Es gibt aber ein bekanntes Sprichwort: „Verleumde, verleumde, irgend etwas bleibt doch hängen“. Dies ist denn auch die Fahne, mit der die „ehrlichen“, „loyalen“, „gentlemanliken“, „feinen“ „außerordentlich aufrichtigen“ usw. Oppositionellen den Feldzug gegen uns beginnen. Worauf läuft das alles hinaus? Als ich im vereinigten Plenum des ZK und der ZKK unserer Partei den Genossen Trotzki fragte, was er denn über China denke, da packte er „olle Kamellen“ aus, indem er sagte: „Sie hätten es damals so und so machen müssen“. Nun gut, nehmen wir an, daß wir in China Fehler begangen haben, Sie sagen ja aber, daß wir aus China weggehen wollen. Weshalb da das kleinliche Spiel mit gezinkten Karten? Etwa um die wirklichen proletarischen Positionen zu verteidigen? Hilft dies, die Linie bestimmen? Dies hilft Ihnen, eine Politik skrupellosen Betrugs treiben. Man kann selbst dahin kommen, im Zustande der Hypnose Dummheiten auszusprechen, ohne sich Rechenschaft darüber zu geben, worum es sich handelt.

Wenn wir diese Fragen analysieren, so bleibt nichts anderes übrig, als Lüge. Es ist dies die Plattform gemeiner Lüge und Verleumdung gegen unsere Partei und gegen die Komintern, die zu unserer Partei in einem guten Verhältnis steht; und ich glaube, daß dies nicht ein Mangel der Komintern, sondern einer ihrer Vorzüge ist. Das hat uns Lenin gelehrt, und das gilt auch bis auf den heutigen Tag.

Nun eine weitere politische Frage — und zwar die des Anglo-Russischen Komitees. Genosse Trotzki sagte uns: „Seht mal, in welche Lage ihr euch gebracht habt; wenn wir das Fazit ziehen, so hat man euch davongejagt“. Vom Standpunkt der stolzen Pose und der theatralischen Gesten mag das ein überzeugendes Argument sein. Wie muß aber vom Standpunkt der hohen Politik das Fazit beurteilt werden, das wir in der Frage des Anglo-Russischen Komitees ziehen? Das Fazit ist, daß einmal die Schuld des Bruches nicht auf uns fällt, sondern auf unsere Gegner; zweitens haben wir den Generalrat veranlaßt, mit uns unter solchen Verhältnissen, auf einer solchen politischen Grundlage zu brechen, die es einem jeden klar macht, daß die Führer des Generalrats im wichtigsten Problem der Gegenwart, in der Frage des Krieges, mit Chamberlain und Baldwin

zusammengehen. Ich weiß nicht, wie man ein solches Argument wie dasjenige, dessen sich jetzt die Oppositionellen in den Fabriken und Werken bedienen, aufstellen kann; sie sagen nämlich, daß es besser gewesen wäre, zu brechen, als wir den Bergarbeitern halfen, und daß es schlechter gewesen sei, auf Grund der Kriegsfrage zu brechen. Der Krieg ist also eine weniger bedeutsame Frage als die Frage des Bergarbeiterstreiks. Obwohl an sich von einer ungeheuren Bedeutung, ist der Bergarbeiterstreik im Vergleich mit dem Kriege eine Frage zweiten Ranges, und wenn Sie so verfahren, so sind wir im Rechte, Ihnen die Frage vorzulegen: Behauptet etwa die Opposition ganz ernsthaft, daß sie mit uns darin einverstanden sei, daß das wichtigste Problem der gegenwärtigen Situation — die Frage der Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion ist? Wir haben den Generalrat in eine solche Lage gebracht, daß er in der wichtigsten politischen Angelegenheit des gegenwärtigen Augenblickes offen einen Block mit Baldwin und Chamberlain gebildet hat. Und mir scheint es, daß unter diesem Gesichtspunkt die von uns zu ziehende Bilanz eine solche ist, daß wir für sie eintreten können, da sie mit einem Plus für die Politik unserer Partei, der Gewerkschaften und der Komintern abschließt.

Das ist nun die Serie der überaus wichtigen politischen Fragen, die hier vom Genossen Trotzki behandelt wurden. Ihre Analyse zeigt, daß die Plattform der Opposition eine einzige Lüge gegen unsere Partei und gegen die Komintern bildet.

Eine zweite Rubrik von Fragen, die eine gewisse Brücke zwischen der Rede des Genossen Trotzki und der soeben gehaltenen Rede des Genossen Wujowitsch bildet — sind Fragen der Disziplin, der Fraktionsarbeit usw. Genosse Wujowitsch hält diese Fragen für unwichtig, er hält sie für vollkommen unwichtig, er hat über diese Fragen zu Ihnen kein einziges Wort gesprochen. Er war ja gekommen, und mußte doch hören, daß der Genosse Kuusinen hier den Bericht im Namen des Präsidiums erstattete. Was kümmert es aber den Genossen Trotzki, was da „irgendein Kuusinen sagt“. Was kümmert es den Genossen Trotzki, was die anderen Mitglieder des Präsidiums sagen. Das sind ja alles Dinge, die der Aufmerksamkeit des Genossen Trotzki unwürdig sind; er kam mit einer bereits fertigen, bereits niedergeschriebenen Antwort an den Genossen Kuusinen, ohne die Rede Kuusinen gehört zu haben. Dies ist eine höchst symbolische „Einführung“ in die gesamte Diskussion. Die Komintern existiert für ihn nicht, denn, was sehen wir im letzten Grunde? Der Genosse Trotzki sagt: Diese untauglichen, „armseligen“ Resolutionen des 7. Plenums, diese untauglichen „armseligen“ Resolutionen des letzten 8. Plenums! Alles „untauglich“ und alles „armselig“! Aber erlaubt, teure Genossen, ich weiß wahrlich nicht, wie ich euch jetzt nennen soll! — wenn Ihnen alles so untauglich und armselig erscheint, wenn Sie alle Beschlüsse für so unernst ansehen, daß Sie sich ihnen nicht unterwerfen wollen, so fragen wir Sie — warum bleiben Sie denn in dieser Komintern? Ich kann mir durchaus folgenden Standpunkt vorstellen: Die KPSU ist keine KP mehr, sie ist eine untaugliche Partei geworden, in ihr vollzieht sich ein thermidorianischer Entartungsprozeß usw., die Komintern ist ein Söldnergesindel der KPSU. An der Spitze der KPSU steht

der bonapartistische Diktator Stalin. Sie führen einen verzweifelten Kampf und speien auf alle Beschlüsse usw., weil sie sich im Grunde genommen in feindlicher Umgebung befinden. Hieraus mußte man aber die entsprechenden Folgerungen ziehen. Wenn dem so ist, so belieben Sie doch das bekannte, vom Standpunkt des Leninismus sehr elementare politische Prinzip anzuwenden, welches lautet, daß ein Kommunist einer opportunistischen politischen Partei nicht angehören darf. Wir wundern uns darüber, daß Sie sich in der Gesellschaft von uns „Bonapartisten“ befinden; wenn Sie sich aber nicht entfernen, dann sind Sie sich eben dessen bewußt, daß Sie in der Beurteilung der Komintern und der KPSU lügen.

(Trotzki: Darauf kann man Ihnen sagen: wenn Sie uns als Sozialdemokraten bezeichnen, warum jagen Sie uns nicht davon?)

Bucharin: Gestatten Sie, wir sagen, daß bei Ihnen eine sozialdemokratische Abweichung vorhanden ist, wir sagen jedoch noch nicht, daß Sie Sozialdemokraten sind. Sie aber behaupten, daß wir Bonapartisten sind.

(Trotzki: Das ist nicht wahr.)

Bucharin: Wenn Sie schreien, dies sei nicht wahr, dann sind Sie wirklich elende Komödianten, die Dinge in die Massen werfen, von denen sie später selbst sagen, daß sie nicht zutreffen. Wenn das aber nicht zutrifft, dann fragen wir Sie mit aller Bestimmtheit: Sagen Sie bitte, sind Sie dann nicht verpflichtet, sich von den Instanzen unserer internationalen Organisationen gefaßten Beschlüssen unterzuordnen? Irgend einen Standpunkt muß man doch haben! Sie stehen auf dem Standpunkt eines alten Adligen, stehen wirklich ganz und gar auf diesem Standpunkt. Der Genosse Trotzki denkt folgendermaßen: mein linker Fuß will so handeln, deshalb gebe ich den Wünschen meines linken Fußes nach und handele auf meine Weise. Ich unterwerfe mich dann, wenn ich den Wunsch dazu habe! — Das geht aber nicht. Man muß sich immer unterwerfen. Lachen kann man ja nach Belieben, die Tatsache bleibt aber bestehen: für Sie existieren keine Resolutionen der Komintern; nach Ihrer Meinung sind sie alle „armselig“ und weil sie „armselig“ sind, unterwerfen Sie sich ihnen nicht.

Hier beginnt aber etwas Neues: das ganze Unglück ist, daß Stalin und Bucharin ihre Resolutionen durchbringen und nicht Trotzki und Sinowjew. Versuchen Sie doch, Ihre Resolutionen durchzubringen! Waren Ihnen etwa diese Wege verschlossen? Sinowjew hat sich ja jüngst gerühmt, daß ihm in Deutschland nahezu Millionen folgen; wie sieht es da aber in Wirklichkeit aus? 364 Stimmen gegen 19 000 in der Heimat Urbahns! Und in der Sowjetunion begegnen Sie einer noch vernichtenderen Abwehr. Die Massen sind gegen Sie, das ist der Angelpunkt der Sache.

Also, für Sie sind die Resolutionen „Nichtigkeiten“. Alles ist absoluter Unsinn, weil Sie auf dem Standpunkt stehen, daß die Komintern — ein paar Leutchen sind, bonapartistische Diktatoren, denen alle anderen gehorchen. Sie vergessen, daß, wenn ich oder Stalin unsere Thesen einbringen und die Kommunistische Internationale sie annimmt, diese dann Resolutionen der Kommunistischen Internationale sind. Und nur der Standpunkt höchst dreister Politiker in der bürgerlichen gelben Presse hat die Gewohnheit, die Komintern als eine „Stalinsche Bande“ zu bezeichnen. Sie

haben sich die Art dieser Presse ganz zu eigen gemacht, Sie halten hier wirklich Schritt mit der Zeit.

Wenn man das Fazit all dieser merkwürdigen politischen Ausfälle, Thesen usw. zieht, so erhält man wirklich eine selten „merkwürdige“, „eigenartige“ trotzkistische Logik, die Trotzki sofort zur „Dialektik“ erhoben hat. Ich will mich hier nicht über eine gewisse Evolution im Verhalten Trotzkis in der allerletzten Zeit verbreiten. Er hat einen sehr „ehrlichen“ und „offenen“ Standpunkt, der der Partei gegenüber „loyal“, „fein“, „gentlemanlike“ ist. Auf dem vorletzten Parteikongreß, als die Partei den Genossen Trotzki an die Wand drückte, erklärte er: „Wrong or right — my party“ („Ob Recht oder Unrecht — meine Partei“); „die Partei kann sich irren, ich als Soldat stehe aber vor der Partei stramm“. Er gab diese Erklärung ab, handelte aber gleichzeitig ganz anders. Es folgten dann die Erklärungen vom 16. Oktober und 8. August, als er das „Wrong or right — my party“ nicht mehr erwähnte, sondern zu kapitulieren gezwungen war; auch jetzt sagt er dies allem Anschein nach nicht, — vielleicht deshalb, weil man statt des Wortes „mein“ ein anderes Fürwort einsetzen muß. Man muß Trotzki fragen, warum er jetzt nicht wie ein Soldat vor der Partei stramm steht, warum er solch eine Wendung gemacht hat.

(Trotzki: Sie drücken der Partei die Kehle zu.)

Bucharin: Wir besitzen so merkwürdige Eigenschaften, daß wir die ganze Partei übertölpeln, während die „Märtyrer“ der Idee ihre Wahrheit auf keinen Fall durchsetzen können. Auf dieser Grundlage ergibt sich eine eigenartige trotzkistische Logik. Gegen uns wird die Anschuldigung des Bonapartismus erhoben; es ergibt sich hierbei eine sehr lustige Sache, die bei all ihrer Lustigkeit tragisch ist. Die Partei geht mit uns, die Komintern geht mit uns, Millionen gehen mit uns — und das nennt sich „Bonapartismus“! Ein paar „Helden“ dagegen, die zum Jaroslawer Bahnhof, zu Schtscherbakow eilen, Maslow und Ruth Fischer auflesen, — das sind die wirklichen Vertreter des „kollektiven Geistes“! Bisher wurde die Sache gewöhnlich so aufgefaßt, daß einzelne, die an eine dritte Kraft appellieren, die eigentlichen bonapartistischen Elemente sind, während die organisierten Kollektiven diejenigen sind, gegen die der Bonapartismus ankämpft. Die Führer der Opposition haben aber alles auf den Kopf gestellt.

Das ist die trotzkistische Logik.

Der zweite Punkt der trotzkistischen Logik: Wir, die wir die Frage der Verteidigung der Sowjetunion ohne alle Clemenceau-Theorien stellen, verteidigen natürlich die Sowjetunion schlecht, die wahren Verteidiger — das sind die, die die These über Clemenceau teilen, die auf dem Standpunkt stehen, daß wir eine den Julitagen ähnliche Etappe durchleben. Alles steht auf dem Kopfe; die Theridorinaer — sind wir, weil wir der Ansicht sind, daß es in unserem Lande der Voraussetzungen genug gibt, um den sozialistischen Aufbau weiter fortzuführen. Diejenigen aber, die mit den Sozialdemokraten sagen, daß wir an unserer technischen Rückständigkeit zugrunde gehen, das sind die konsequentesten Revolutionäre.

Die internationale Arbeit stören tun die, die im Augenblick der Gefahr die Sowjetunion in den Mittelpunkt der internationalen sozialistischen Revolution stellen, helfen tun der internationalen Revolution diejenigen, die

da sagen, daß bei uns Alexinsky, Perewersew*) u. a. an der Macht sind, daß wir in einer Kerensky-Etappe sind usw.

Die wahren Kommunisten und Freunde der Partei — sind diejenigen, die gegen die Gesamtpartei auftreten, diejenigen aber, denen die Gesamtpartei folgt, das sind die Feinde der Partei. Das Häuflein, das illegale Druckereien gegen die Partei einrichtet — das sind die wahren idealen Genossen, wer aber dagegen ankämpft, das sind Bonapartisten. Es ist ganz natürlich, weshalb bei der Opposition sich alles so kehrt, warum die Logik hier auf den Kopf gestellt wird. Die Voraussetzungen, von denen sie ausgeht, sind durchaus widerspruchsvoll und gänzlich verfehlt. Wir empfinden es alle und wissen es ganz genau, daß wir gegenwärtig, was das Verhältnis zur Opposition betrifft, an deren Spitze Genosse Trotzki steht, überaus schwere Zeiten durchmachen. Trotzki hat sich von dem Standpunkt: „Ob meine Partei Recht oder Unrecht hat, es bleibt doch meine Partei“, „ich stehe wie ein Soldat vor meiner Partei und erwarte ihre Beschlüsse, kämpfe für meine Anschauungen und wenn ich die Mehrheit erhalte, so werde ich meinen Standpunkt durchsetzen“, — Trotzki hat sich von diesem Standpunkt nunmehr entfernt, indem er sich mit dem Briefe des Genossen Sinowjew, in welchem es heißt, daß illegale Druckereien zulässig sind, — und ebenso mit Preobraschenski solidarisierte, der sich bis zu der „Naivität“ verstieg, um uns zu sagen: „gebt uns unsere Technik wieder“.

(Trotzki: Und er hat Recht, er überragt Sie um zwei Köpfe.)

Bucharin: Machen Sie keine Witze, er ist von großem Wuchs, das gebe ich zu, aber Sie sind noch größer; ihre faulen Witze können aber meine Argumente sachlich keineswegs widerlegen. Also, hier ist alles von unten nach oben gekehrt. In dieser Ansicht über die Parteidisziplin, über die Komintern ist alles entstellt, und hier ist nichts gemeinsames mit dem Marxismus oder mit dem Leninismus zu finden. Sie waren, und sind eine kleine Gruppe in der Arbeiterbewegung und werden es bleiben.

Und nun möchte ich einige Worte über die Rede des Genossen Wujowitsch sagen. Die Rede des Genossen Wujowitsch war gleichfalls auf einem entsprechenden Trick aufgebaut, dessen sich auch der Genosse Trotzki auf rein politischem Gebiet hier bediente. Er ging zu einem Gegenangriff über. Im wesentlichen war das Hauptmoment seiner Rede folgendes: „Sie wollen uns ausschließen. Das ist Ihre Sache. Sie haben aber dieses Stücklein mit Methoden vorbereitet, die man als thermidorianische bezeichnen muß“. Der Genosse Wujowitsch hat dies hier vollkommen offen ausgesprochen; er hatte hierzu den traurigen „Mut“. Dann begann er, auseinanderzusetzen, weshalb diese Methoden „thermidorianisch“ seien. Seine Beweisführung war einfach. Die GPU hat ihren agent provocateur ausgeschickt (so sprechen über die GPU die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre; der Genosse Wujowitsch muß noch einen Schritt machen, und er wird sagen: „Die Ochrana hat ausgeschickt“). Solche Mittel und Methoden, — sagt Genosse Wujowitsch, — werden für den Kampf gegen Klassengegner gebraucht. Die

* Alexinski, früherer Bolschewik, der sich während dem Kriege zum extremsten Sozialpatrioten entwickelte und jetzt bei den Weißgardisten gelandet ist; Perewersew, ehemaliger Minister der Kerenski-Regierung. Anmerkung des Uebersetzers.

Beweise der „Gmeinheit“: zuerst wurde ein Wrangel-Offizier genannt, später erwies er sich als Agent der GPU. Da man ihn nicht gleich als solchen bezeichnete, sondern erst später, deshalb handelte es sich um eine schmutzige Angelegenheit. Erst wollte man es verbergen, aber dann war man gezwungen, zu erklären, daß es ein Agent der GPU ist. Das sind die Argumente des Genossen Wujowitsch.

Ihre Argumente, Genosse Wujowitsch, zeigen, wenn Sie auch auf den ersten Blick als nicht falsch erscheinen mögen, doch sehr bald Ihren ganzen faulen Kern.

Vor allem die erste Tatsache: Sie behaupteten, daß die oppositionellen Genossen mit diesem Wrangel-Offizier zusammen getroffen seien. Sie sagen, man hätte ihn zu den oppositionellen Genossen ausgeschickt. An diesen ehemaligen Wrangel-Offizier, der wirklich ein Agent der GPU war, haben sich aber Parteilose gewandt; dies muß Ihnen bekannt sein, wenn Sie irgendwelche Dokumente gelesen haben. Ich kann Ihnen auch mitteilen, was ich noch weiß. In der letzten Zeit, beginnend mit der von uns vorgenommenen Erschießung der zwanzig, wurden bei der nach diesen Erschießungen eingeleiteten Haussuchungen, die in großem Maßstabe durchgeführt wurden, eine große Zahl von Gruppen aufgedeckt, die sich „wahrhaft-russische Anhänger der Jugend“, „Kämpfer für die Gerechtigkeit“ nannten; auch wurden alle möglichen anderen Organisationen aufgedeckt, von denen ein Teil, der weißgardistischen Charakter trug, sich dahin äußerte, daß er die Opposition unterstütze. Selbstverständlich hat die Opposition daran keine Schuld, doch rollt die Solidarisierung uns feindlicher Kräfte mit der Opposition jenes Problem auf, das von uns schon mehr als einmal behandelt wurde, — nämlich das Problem einer dritten Kraft. Vor nicht zu langer Zeit wurde eine große terroristische Organisation aufgedeckt; man deckt eine ganze Reihe solcher Organisationen mit Hilfe derer auf, die Sie als Agenten der GPU bezeichnen. Ist es richtig, daß man sich solcher Methoden bedient, oder nicht? Ich glaube, daß ein jeder Bolschewik und Anhänger der proletarischen Diktatur diese Methode für vollkommen richtig halten muß. Weiter, — dieser selbe Agent knüpfte eine Verbindung an; zu ihm kamen Schtscherbakow und Twerskoj. Stimmt das oder nicht? Stimmt es oder nicht, daß beide Bürger Parteilose sind? Es stimmt. Sie sollen zu ihm als zu einem Agenten der GPU gekommen sein, wie Sie es darstellen? Sie wußten aber überhaupt nicht, daß er ein Agent der GPU ist. (Zwischenruf Schüller: „Es ist gut, daß er ein Agent der GPU war.“) Vollkommen richtig, es ist gut, daß er ein Agent der GPU war. Als man sich an ihn mit solchen Dingen wandte, — er hat wiederholt im Kampfe gegen die Konterrevolution große Dienste geleistet; wir müssen uns solcher Leute bedienen, — da nahm er mit den zu ihm Gekommenen eine Verbindung auf. Als dann die GPU auf Grund einer Mitteilung ihres Agenten zu Schtscherbakow kam, da fand sie zu ihrer Verwunderung . . . Ihre Druckerei. Sagen Sie nun, wo und was ist hier kriminell, unrichtig? Was verletzt hier auf irgend eine Weise die kommunistische Ehre usw. (Zwischenruf Trotzki: „Nur die Mitteilung des Politbüros, wo von unserer Verbindung mit dem Wrangel-Offizier die Rede ist“). Sie werden, Genosse Trotzki, nicht so ohne weiteres um diese Frage herumkommen. Also, in dem Umstande, daß hier der Agent der GPU zuerst

nicht genannt wurde — er wird ja auch gegenwärtig mit seinem Namen nicht genannt, — ist nichts Schlimmes zu erblicken. Darin liegt absolut nichts von dem, wovon Wujowitsch spricht; die Tatsache steht jedoch fest, daß Sie Ihre Druckerei mit Leuten eingerichtet haben, die sich an den Wrangel-Offizier und nicht an den Agenten der GPU gewandt haben. Sie geben hier Ihrem Unwillen und Ihrer Entrüstung Ausdruck, wir besitzen aber eine schriftliche Erklärung. Was schreibt Genosse Sinowjew in dieser Erklärung? Er schreibt: Es kann jedem Bolschewik passieren, daß er in die Gesellschaft von Weißen gerät. Er läßt in seiner Erklärung die Möglichkeit eines solchen Falles zu, daß Sie sich in der Umgebung einiger überaus übler Elemente befunden haben. Erkennt der Genosse Sinowjew die Möglichkeit dessen an oder nicht? Er erkennt sie an. Das steht schwarz auf weiß. Alle haben es gelesen. (Trotzki: Auch in der Armee ist es vorgekommen.) Ja, das ist vorgekommen, Genosse Trotzki. Aber gestatten Sie — ich gehe weiter. Genosse Sinowjew sagt in seiner Erklärung direkt heraus, daß sie nicht wüßten, wer die Verhafteten seien. Stimmt das oder nicht? Es stimmt. Genosse Sinowjew hat das geschrieben. Gleichzeitig aber stellen der Genosse Preobraschenski u. a. die Forderung: „Alle Verhafteten müssen entlassen werden“. Da haben Sie nun ein Bild Ihres ganzen unverantwortlichen Verhaltens, des vollkommenen Mangels an Verständnis dafür, in welchen Schlamassel Sie hineingeraten sind.

Nun einige Worte über die Druckerei und über die Verbindung mit den Parteilosen und den Konterrevolutionären. Genosse Trotzki sagt, daß auch in der Partei Provokateure und in der Armee Ueberläufer sein können. Gewiß, doch ist hierbei zu sagen, daß wir, entgegen dem Verhalten einiger unserer „Freunde“, niemals ihre Freilassung fordern, wenn man sie verhaftet. Kommt Ihnen etwa nicht der Gedanke, daß Ihre Kampfmethoden, die die Hilfe illegaler Organisationen in Anspruch nehmen, die nicht davor zurückschrecken, als Mitarbeiter bestimmte Elemente einzufangen, daß diese Methoden Sie in eine Lage bringen, in der allerlei Gesindel bestrebt sein wird, sich an Ihre Rockschoße zu hängen? Dies ist das Problem der dritten Kraft. Sind Sie aber selber etwa gefährlich, Sie mit Ihren 2½ Männerchen? Nein, — gefährlich ist aber, daß Sie — ob Sie es wollen oder nicht — zum Sprachrohr solcher Elemente werden. (Trotzki: „Machen Sie nicht das illegal, was legal sein muß“.) Dieses alte Argument! Wenn irgend jemand einen dummen Streich begeht, dann sagt er: nicht ich bin daran schuld, man hat mich verführt: Schuld sind also daran die Partei, das Politbüro, die Komintern. Alle sind also schuld, nur Sie sind schuldlos, Sie bleiben rein, sind gegen alle Fälle des Lebens gefeit. Welche Gemeinheit Sie auch begehen sollten, Sie bleiben weiß wie Schnee. Wenn Sie sagen, daß wir aus China weggehen wollen, so lügen Sie, wenn man Sie aber dieser Lüge bezichtigt, dann antworten Sie: Bringen Sie uns nicht bis zur Verstandestrübung. Wenn Sie die Verleumdung austreuen, daß wir die Schulden bezahlen wollen, und wir Sie bei dieser Verleumdung ertappen, dann antworten Sie: Man darf uns nicht dahin bringen.

Und nun wollen wir das Fazit ziehen. Bestand nun eine illegale Druckerei oder nicht? Sie bestand. Befanden sich in dieser illegalen

Druckerei zusammen mit den aus der Partei Ausgeschlossenen auch Partei-lose, die nie der Partei angehört haben? Ja. Waren unter diesen auch solche, die Verbindungen mit jenen Leuten hatten, die jetzt kompromittiert sind? Ja. Dies ist die Logik der Tatsachen, und von dieser Logik der Tatsachen können Sie sich durch nichts weglügen. Sie können sich mit Verleumdung beschäftigen, doch Tatsachen bleiben Tatsachen. Sie glauben vielleicht, daß es uns großes Vergnügen macht, mit Ihnen über solche Dinge zu streiten. Sie glauben, daß es für uns ein kolossales Vergnügen ist, Ihrer Behandlung der Frage die unsrige entgegenzusetzen. Sie haben sich von unserer Partei, von der Komintern, von der Sowjetunion entfernt: als die Partei Ihnen wiederholt einen Rettungsring zuwarf, als unsere Partei Ihnen die Hand darbot, um Sie irgendwie zur Vernunft zu bringen, nahmen Sie diese Hilfe nicht an und begannen in der letzten Zeit, dies als unsere Schwäche auszulegen. Es ist ganz natürlich, daß wir alle in der Komintern jetzt den Vergleich anstellen müssen, wie sich Trotzki verhalten hat, als er von allen Seiten eingekreist war, und wie er sich jetzt verhält. Als Genosse Trotzki eingekreist war, sagte er: „Ich bin ein Soldat, ich ordne mich unter, wenn auch der Teufel weiß, was für Fehler gemacht wurden“. Jetzt aber möchte er die illegalen Druckereien rechtfertigen. Wir haben Sie geprüft und jetzt festgestellt, daß es keinerlei anderen Ausweg gibt als den, der hier vorgeschlagen wird, denn Sie eilen, wie ein Blinder, dem Abgrund zu. Wenn man uns aber sagt, daß wir dies alles „vorgenommen hätten“, um keine Diskussion zu haben, so kommt uns der Verdacht, daß Sie selbst eine Diskussion vermeiden und uns zu scharfen Maßnahmen provozieren wollen. Dies erscheint Ihnen überaus absonderlich und lächerlich. Sie waren ja aber auf dem letzten Plenum des ZK. Sie nahmen ja an ihm sowohl physisch, wie politisch teil, als dort bestimmte Beschlüsse gefaßt wurden, die sich auf den Modus der Diskussion beziehen. Sie wissen, daß auf diesem Plenum der Beschluß gefaßt wurde, daß die Diskussion einen Monat vor dem Parteitag beginnt, und daß die Gegenthesen ebenso wie die Thesen des ZK veröffentlicht werden. Sie haben auf diesem Plenum erklärt, daß Sie sich den Beschlüssen des ZK unterordnen werden. Jetzt aber, zwei Monate vor dem Parteitag, greifen Sie zu dem unwürdigen Spiel, indem Sie erklären, daß man Ihnen verbietet, Ihre Thesen zu veröffentlichen und eine Diskussion vor dem festgesetzten Zeitpunkt einzuleiten. Sie treiben wiederum ein kleinliches Spiel, weil es Ihnen letzten Endes nichts ausmacht, 20 000 Mal zu versprechen, wenn man Sie an die Wand drückt, um später ebenso zu betrügen. So liegt die Sache! Wir haben soeben den Beginn einer gewissen Prüfung des Verhaltens der Partei — und der parteilosen Massen Ihnen gegenüber erlebt, eine Prüfung, die in Deutschland begonnen hat. Was in Altona vor sich gegangen ist, ist eine überaus wichtige Tatsache. Ich selbst glaubte, daß die Anhänger des Genossen Trotzki u. a., zumindest dreimal soviel Stimmen erhalten würden, als sie in Wirklichkeit erhielten; das Bild, das sich in Wirklichkeit entrollte, spricht aber von einem elenden Bankrott. Wenn einerseits sich eine ungeheure Welle von Angriffen gegen die Sowjetunion seitens der kapitalistischen Welt ergießt, und wenn sich dieser eine ungeheuere Welle der Sympathie seitens der parteilosen Arbeiterdelegationen, der schwankenden Schicht innerhalb der sozialdemokratischen Parteien ent-

gegenstellt, wie die Kampagne für Sacco und Vanzetti zeigte, dann gehen Sie mit Ihren Redensarten über Thermidor, über Clemenceau, über Alexinski und Perewerew mit der bürgerlichen Welle gegen die proletarische Welle. Und dies wird, wenn Sie sich nicht zur rechten Zeit besinnen, unausbleiblich Ihren politischen Tod bedeuten. (Beifall).

BENETT:

DER NEUNTE PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ENGLANDS

Im vergangenen Jahr, zwischen dem 8. und 9. Parteitage der Kommunistischen Partei Englands, hat sich das Antlitz der Arbeiterbewegung stark verändert. Zur Zeit des 8. Parteitages, des heroischen Kampfes der Bergarbeiter, hat die Kommunistische Partei eine führende Rolle gespielt und hatte das Vertrauen der aktiven Elemente der Arbeiterbewegung auch der anderen Gewerkschaften gewonnen, die entgegen den Beschlüssen des Generalrates und ihrer eigenen Exekutiven sich bemühten, den Bergarbeitern nach Kräften zu helfen, und im großen und ganzen die Linie zu verwirklichen, die von der Kommunistischen Partei angegeben wurde.

Um die Rolle der Kommunistischen Partei im Kampfe der Bergarbeiter richtig zu verstehen, genügt es, zwei Tatsachen zu erwähnen. Unmittelbar vor dem 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Englands, als die Führer der Bergarbeiter merklich zu schwanken begannen, und zum Kompromiß mit den Grubenbesitzern und der Regierung mit Hilfe des Generalrates neigten, traten die kommunistischen Bergarbeiter mit dem Gegenvorschlag der „Intensivierung der Bergarbeiterkampagne“ hervor. Diese Resolution wurde nachher unter der Bezeichnung Programm von Südwaless bekannt. Sie enthielt eine Reihe von kurzen Vorschlägen, deren Sinn dahin ging, daß es notwendig sei, den Schutz der Kohlengruben zu beseitigen, die Mobilisation der ganzen Arbeiterbewegung zugunsten der Bergarbeiter zu erreichen, und beharrlich auf dem Bergarbeiterprogramm zu bestehen: keine privaten Verträge zuzulassen, keine Reduzierung des Arbeitslohnes und keine Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Initiative zu diesem Südwaless-Programm stammte von der Kommunistischen Partei. Sie allein führte den energischen Kampf für dieses Programm. Es ist äußerst charakteristisch, daß die Regierung, um die Annahme dieses Programms zu verhindern, die Tätigkeit der Kommunistischen Partei in den wichtigsten Kohlenrevieren untersagte und ganz besonders für die Durchführung dieses Verbotes in Durham sorgte. Die Anstrengungen der Regierung gingen fehl, trotzdem sie die volle Unterstützung nicht nur des Generalrates, sondern auch eines beträchtlichen Teils der Bergarbeiterführer hatte. Das Südwaless-Programm wurde von einer erdrückenden Mehrheit der Bergarbeiter angenommen.

Es erübrigt sich hinzuzufügen, daß die Südwaless-Resolution ihrem Wesen nach nie verwirklicht wurde. Der Einfluß der Kommunistischen Partei

erwies sich als stark genug, um die Annahme dieses Programms durch die Bergarbeiter zu erreichen, allein die Bergarbeiter waren in ihrem eigenen Verbandsverbande nicht Herren ihrer Sache genug, um ihre eigenen Angestellten zu zwingen, dieses Programm zu verwirklichen.

Eine andere Illustration über die Rolle und den Einfluß der Kommunistischen Partei bildet die Novemberstimmung der Bergarbeiter über die Vorschläge der Regierung. Die Abstimmung fand in der 29. Streikwoche statt. Die Bergarbeiter waren sichtlich erschöpft. Die Besitzer hatten unter dem Druck des Hungers einerseits und der dienstbeflissenen Agenten wie Spencer und Hodges andererseits einen beträchtlichen Teil der Bergarbeiter bestimmen können, die Arbeit aufzunehmen. Die ganze Presse behauptete, daß die Niederlage der Bergarbeiter eine vollendete Tatsache sei, daß das Rückgrat des Streikes gebrochen ist. Nur die Kommunistische Partei begann eine große Kampagne für die Ablehnung der Regierungsvorschläge. Das Ergebnis war, daß gegen die Regierungsvorschläge 460 806 und für dieselben 313 200 Bergarbeiter stimmten.

Die zwei angeführten Tatsachen sind überzeugend genug, und beweisen, welche Rolle und welchen Einfluß die Kommunisten im Bergarbeiterstreik hatten, der trotz der Niederlage eine der leuchtendsten Klassenschlachten im Nachkriegsengland bildet.

Der 8. Parteitag der Kommunisten stand unter dem Zeichen der Tatsache, daß die Kommunistische Partei Englands ein ernster revolutionärer Faktor in der englischen Arbeiterbewegung wurde und begann, darin eine führende Rolle zu spielen.

Entsprechend dem Wachsen des Einflusses der englischen Kommunistischen Partei wurde ihre Mitgliederzahl größer. Die Zählung, die vor dem 7. Parteitag erfolgte, zeigte, daß die Partei im ganzen 4398 regelmäßig zahlende Mitglieder aufwies. Die Führer der Kommunistischen Partei wußten und verstanden, daß diese winzige Ziffer nicht nur keinen richtigen Begriff von dem Einfluß der Partei, sondern auch kein Bild von ihrer numerischen Stärke gab. In der Kommunistischen Partei Englands bietet die Zahl der regelmäßigen Mitgliederbeiträge nur eine orientierende Vorstellung von der allgemeinen Zahl der Mitglieder. Die Zahl der Arbeiter, die faktisch alle Direktiven der Partei erfüllen und sogar aktiv an der Arbeit mitwirken, ist bedeutend größer, als die der beitragszahlenden. Zur Zeit des 8. Parteitages (Zählung September 1926) steigerte sich die Zahl der Mitgliederbeiträge auf 10 730. Dieser Sprung zeugt vom raschen, organisatorischen Wachstum der Partei.

Das weitere numerische Wachstum der Partei wurde durch die Sabotage des Streiks der Bergarbeiter unterbrochen.

Die Regierung Baldwins verfolgte vor dem Beginn des vereinigten Angriffes gegen das Lebenshaltungsminimum der englischen Arbeiter eine Politik der grausamen Repressalien gegen die Kommunistische Partei.

Die Regierung sah bereits Ende 1925 voraus, daß für die erfolgreiche Durchführung des Angriffes notwendig ist, der Kommunistischen Partei die Führung zu rauben und sie in die Halblegalität zu drängen. Die Rolle der aktiven Spionage für die Regierung hat auch hier die Arbeiterpartei übernommen. Auf ihrem Liverpooler Parteitag hat die englische Arbeiter-

partei unter der Führung von Macdonald den Kreuzzug gegen die englischen Kommunisten erklärt; indem sie sich auf die These der Komintern berief, die lautet: „Die Arbeiter (die Rede ist von den englischen Arbeitern) müssen sich nicht zu einem leichten parlamentarischen Kampfe, sondern zum Siege in einem schweren Bürgerkriege vorbereiten.“ Nach einigen Wochen nach dem Liverpooleser Parteitag steckte die englische Regierung das Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei ins Gefängnis und hat hinter die Frage ihrer Legalität ein Fragezeichen gesetzt. Die These vom Bürgerkrieg wurde zur Grundlage der Anklage gegen die Kommunistische Partei gemacht.

Die Repressalien gegen die Kommunistische Partei, die unmittelbar nach der Liverpooleser Resolution und der Urteile des Gerichts gegen die Kommunisten begonnen haben, waren nur Artillerievorbereitungen zu jener wilden Kampagne, die nach dem Zusammenbruch des Bergarbeiterstreiks folgte.

Schon der Schluß des allgemeinen Streiks (12. Mai 1926), der vom Generalrat verraten wurde, war das Signal zur intensiveren reaktionären Politik der Baldwin-Regierung gegen China, gegen die UdSSR, gegen die englischen Arbeiter und in erster Linie gegen die Kommunisten. Nach der Niederlage der Bergarbeiter bildete das ganze England einschließlich der offenen rechten und der sogenannten linken Führer der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften eine Front für den rücksichtslosen Kampf gegen den Kommunismus und die Kommunistische Partei. Das bürgerliche England vermochte eine Arbeitsteilung in seiner Mitte zur erfolgreicherer Durchführung des Kampfes gegen die Kommunistische Partei festzulegen. Die Unternehmer haben mit den Entlassungen der Arbeiter-Kommunisten begonnen, sie folgten dem Vorbilde der Grubenbesitzer, die ablehnten, die Kommunisten nach Abbruch des Bergarbeiterstreiks wieder einzustellen. Die Regierung fuhr fort, die Kommunisten ins Gefängnis zu stecken, fällte Gefängnisurteile gegen die Genossen und belastete die schwache kommunistische Presse mit Geldstrafen. Die Arbeiterpartei schloß die Kommunisten aus ihren Reihen aus und wandte sich gegen jenen Flügel, der es ablehnte, an der anti-kommunistischen Arbeitsfront teilzunehmen. Gleichzeitig bereiteten die Gewerkschaftsführer eine Kampagne zum Ausschluß der Kommunisten aus den Gewerkschaften vor und sanktionierten damit das Vorgehen der Unternehmer, die die Kommunisten aufs Pflaster werfen und sie zum Hunger verdammen.

Unter diesen terroristischen Verhältnissen war die Kommunistische Partei im Laufe von 10 Monaten gezwungen, ihre Arbeit nach dem Bergarbeiterstreik zu führen.

Die Berichte des Zentral-Komitees der Kommunistischen Partei Englands (organisatorisch und politisch) geben ein lebendiges Bild jener gigantischen Arbeit, die von der kleinen Kommunistischen Partei unter der grausamen Willkür der Reaktion geleistet wurde. Diese Berichte beweisen überzeugend, daß der Einfluß der Kommunistischen Partei sich nicht nur nicht verminderte, sondern daß er sich unter dem Feuer des Feindes steigerte.

Bevor wir zur Analyse der wichtigsten Kampagnen, die von der Kommunistischen Partei im vergangenen Jahre durchgeführt wurden, übergehen, ist es notwendig, kurz bei der Frage der Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei Halt zu machen. Nicht nur die bürgerliche Presse Englands, auch die europäische bürgerliche Presse hat frohlockend jenen Teil des Organi-

sationsberichtes des ZK aufgegriffen, wo von dem Rückgang der Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei gesprochen wird. Besonders frohlockend schlug die Pauke der treue Diener der Weltbourgeoisie, der deutsche „Vorwärts“. Die Ziffern zeigten quasi, daß der Kommunismus sich in England im Rückgang befindet.

Wenden wir uns den Daten zu. Wir haben bereits erwähnt, daß bei der Zählung von 1925 die Zahl der Mitglieder 4398 betrug, die Zählung im September 1926 ergab 10 730 Mitglieder. Die letzte Zählung im September 1927 hat einen merklichen Rückgang der Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei festgestellt: von 10 730 sank die Mitgliederzahl auf 7377. Die bürgerliche Presse verschweigt natürlich die Zahl, die sich auf 1925 bezog. Sie spricht nur von dem Rückgang, der sich zwischen September 1926 und September 1927 vollzog. Wenn wir aber auch die Zahl, die sich auf 1925 bezog, ins Auge fassen, so wird man folgern können, daß von den über 6000 Arbeitern, die zur Zeit des englischen Streiks zur Kommunistischen Partei kamen, gegen 3000 dennoch kommunistische Mitglieder geblieben sind, trotz aller Verfolgungen durch die Unternehmer, die Regierung und die Regierungsagenten in der Person der Führer — der rechten und der linken — der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei.

Der Genosse Horner hatte auf dem Parteitag, indem er die oben angeführten Daten analysierte, kategorisch die Frage gestellt: Wie sind diese Mitglieder zu bewerten, die von der Kommunistischen Partei abfielen? Die von ihm aufgestellte Frage hat der Genosse Horner tief überzeugt beantwortet, daß jene 3000 Bergarbeiter, die unter der Drohung des Hungers und unter der Angst, auf das Pflaster hinausgeworfen zu werden, formell das Band mit der Kommunistischen Partei zerrissen haben, in Wirklichkeit aber dem Kommunismus und der Kommunistischen Partei treu bleiben. Diese Behauptung Horners wird durch eine ganze Reihe unwiderlegbarer Tatsachen bekräftigt. Wir führen nur einige von diesen an. In Fife (Bergarbeiterrevier in Schottland) sank nach dem Bergarbeiterstreik die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei. Dessenungeachtet erhielten die Kommunisten bei der Wahl der Exekutiv-Mitglieder des Bergarbeiterverbandes 13 von den 38 Sitzen der Exekutive, wobei 6 von den übrigen 25 Sitzen die Anhänger der Minderheit erhalten haben. In Nottingham — die Operationsbasis Spencers — sank die Zahl der kommunistischen Parteimitglieder noch mehr als in Fife. Trotzdem siegten die Kommunisten nicht nur bei den Wahlen in die Exekutive der Nottinghamer Organisation der Bergarbeiter, sondern auch bei den Wahlen in das Zentralkomitee des Verbandes der Bergarbeiter Großbritanniens, von Nottingham wurde der Vorsitzende der Nottinghamer Organisation der Minderheit, Boot, gewählt.

Wir könnten die Zahl der Beispiele vermehren. Alle zeugen von einem und demselben: die Bergarbeiter, die zur Kommunistischen Partei während des Streiks gekommen sind, bleiben ihr treu, aber viele von ihnen sind noch nicht genügend gestählt, um angesichts der grausamen Repressalien und des unmittelbaren Hungers auch formell in den Parteireihen zu bleiben.

Die Statistik der Parteimitglieder zeigt ebenfalls, daß die Zahl der Mitglieder merklich in jenen Revieren gesunken ist, wo die Partei vor dem Streik zu schwach war, um alle jene neuen Mitglieder zu verdauen, die während des Streiks der Partei zuströmten. So z. B. sank in Schottland

in der Zeit vom September 1926 zum September 1927 die Zahl der Parteimitglieder von 1607 auf 1500. Es wird kaum ein Irrtum sein, wenn wir behaupten, daß der Rückgang vollständig auf Kosten des Fifer-Reviere zu verzeichnen ist. In Südwesten, wo die Partei bedeutend stärker ist als in Schottland, ist die Zahl der Mitglieder nicht nur nicht zurückgegangen, sondern stieg von 1500 auf 2300. In solchen Revieren wie Sheffield und Birmingham, wo die Partei vor dem Bergarbeiterstreik nur etwa ein paar hundert Mitglieder besaß, kann die Reaktion ausgesprochenere Erfolge verzeichnen.

Kehren wir zu den politischen Kampagnen, die von der englischen Partei im vergangenen Jahr durchgeführt wurden, zurück.

Wir werden mit der Maikampagne beginnen. Diese Kampagne ist deshalb interessant, weil sie uns die Möglichkeit der wirklichen Kontrolle der Wechselbeziehungen innerhalb der Arbeiterbewegung bietet. Die Führer der Arbeiterbewegung machten verzweifelnde Versuche, um zu erreichen, daß die Arbeiterpartei die Feier des 1. Mai ohne Kommunisten durchführt. Der Kampf begann in erster Linie in London. Die lokalen Organisationen haben aufs Entschiedenste abgelehnt, die Vorschläge der englischen Arbeiterpartei anzunehmen. Es bildeten sich zwei Komitees, — das eine erhielt die Unterstützung der ganzen offiziellen Bewegung, das zweite vertrat die lokalen Organisationen unter der aktiven Beteiligung der Kommunistischen Partei. Das Komitee der Arbeiterpartei war gezwungen, auf die vereinigte Demonstration in London zu verzichten und sie durch einzelne Meetings in den Bezirken zu ersetzen. Dieser Verzicht gab die Möglichkeit, am 1. Mai das Kräfteverhältnis mehr oder weniger zu übersehen. Selbst nach der offiziellen Presse der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften haben auf der Demonstration im Hyde-Park, die von den linken Komitees unter der aktiven Beteiligung der Kommunistischen Partei organisiert wurde, nicht weniger als 100 000 Personen teilgenommen, in allen Meetings aber zusammen, die von der Arbeiterpartei in den verschiedenen Londoner Bezirken organisiert waren, beteiligten sich weniger als 20 000 Personen.

Neben der Kampagne zum 1. Mai ist es notwendig, die Kampagne gegen den Henkerkrieg in China hervorzuheben. Nicht nur die Arbeiterpartei, sondern auch der Generalrat leisteten dem Kampfe der Arbeiter, der die konservative Regierung hinderte, in China ihr Programm durchzuführen, energischen Widerstand. Die Führer der Arbeiterpartei haben das berühmte Memorandum Chamberlains in allen Tönen gepriesen. Macdonald wollte die Arbeiter überzeugen, daß die Regierung nach China ihre besten Leute schickte, um friedliche Beziehungen herzustellen. Thomas agitierte für die Entsendung kräftiger Militärtruppen zum Schutze des Prestiges des englischen Imperiums im Osten. Die ganze Kampagne gegen den Henkerkrieg in China war faktisch in den Händen der Kommunistischen Partei konzentriert. Die Erfolge der Kampagne — besonders in der ersten Zeit — waren so groß, daß selbst die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei gezwungen war, Anträge auf Zurückberufung der Truppen aus China zu stellen. Es ist richtig, daß es Macdonald nachher gelungen ist, in der Fraktion die Revision dieser Resolution zu erreichen und den Protest gegen die Entsendung von Truppen durch einen Protest gegen den demonstrativen Charakter der Organisation der Militärexpedition zu ersetzen. Zweifelsohne gelang es der Kommunistischen Partei, eine gute Kampagne durchzuführen und in den ver-

schiedenen industriellen Zentren unter der allgemeinen Losung des Schutzes der chinesischen Revolution nicht weniger als 70 Komitees ins Leben zu rufen.

Im Bericht über die Kampagne zugunsten der UdSSR finden wir die folgenden äußerst interessanten Zeilen (siehe Politischer Bericht des ZK S. 22): „Wir wollen hier betonen, daß zum Unterschiede von der Erfahrung während der vorangegangenen Krisen in den Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland im Laufe der letzten sieben Jahre unsere Partei in den Kampagnen gegen die Baldwin-Regierung faktisch allein stand, währenddessen die ganze andere Arbeiterbewegung (die Rede ist natürlich von der reformistischen Arbeiterbewegung) aktiv oder passiv die Baldwin-Regierung unterstützte.“ Aus dem Bericht selbst geht zugleich hervor, daß trotz der vom Generalrat und der Exekutive der Arbeiterpartei bezogenen Position die Kampagne zugunsten der UdSSR unter den Arbeitermassen das breiteste Echo gefunden hat. Diesem Bericht ist jetzt noch die Mitteilung über die Tätigkeit des Komitees für die Organisation der Delegationen nach der UdSSR im Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag des Oktober hinzuzufügen. In diesem Komitee haben die bekannten Führer der Kommunistischen Partei wie Tom Mann, Harry Pollit u. a. die führende Rolle. Die Führer des Generalrates, die das anglo-russische Komitee auf dem letzten Edinburger Kongreß sprengten, versuchen sich diesem Komitee aufzudrängen, um ihre freundschaftlichen Gefühle für die UdSSR zu zeigen.

Wir haben nur einige Kampagnen festgehalten. Die Berichte, die dem 9. Parteitag unterbreitet wurden, legen ein beredtes Zeugnis ab, 1. daß die Partei im Laufe des ganzen Jahres eine große Tätigkeit entwickelte, und 2. daß im allgemeinen ihre Kampagnen das weiteste Echo weckten. Die größte Aufmerksamkeit verdient zweifellos jene antimilitärische Kampagne, die die Kommunistische Partei Englands nicht nur mit staunenswerter Energie, sondern auch mit großer Geschicklichkeit führt. Mehr als einmal war das englische Parlament gezwungen, sich mit der Frage über die Maßnahmen gegen die antimilitaristische Kampagne, die die Kommunistische Partei in England führt, und die nicht nur in die englische Kaserne dringt, sondern dort ein lebhaftes Echo findet, zu befassen. Fügen wir noch hinzu, daß die Kommunistische Partei Englands jetzt eine energische Kampagne zur Mobilisation der Massen gegen den Angriff des englischen Kapitals führt, der nicht nur gegen die Bergarbeiter, sondern auch gegen die fünf Millionen englischer Arbeiter gerichtet ist, die in den Industriezweigen, die für den auswärtigen Markt arbeiten, beschäftigt sind.

Wir notierten die positiven Leistungen der Kommunistischen Partei für das vergangene Jahr. Uns dünkt, daß es notwendig ist, zugleich auch diese Leistungen einer tieferen kritischen Analyse zu unterwerfen.

Wir haben eingangs schon betont, daß im Laufe dieses Jahres das Antlitz der Arbeiterbewegung in England sich merklich veränderte. Worin besteht diese Aenderung? Es wäre ein Irrtum, wollte man die Bedeutung der Depression, die sich in bestimmten Schichten der englischen Arbeiterbewegung, im Zusammenhang mit der Niederlage der Bergarbeiter zeigte, unterschätzen. Diese Depression erhält ihren Ausdruck vor allem in den Versuchen der Organisation von Company-Unions auf amerikanische Art. Die Company-Unions im Bergbau sind schon eine vollendete Tatsache. Es

ist richtig, daß der Verband, der von Spencer geleitet wird, eine ver-
schwindend kleine Mitgliederzahl aufweist, aber er existiert, übt einen be-
stimmten Einfluß auf das gegenseitige Verhältnis zwischen Arbeit und
Kapital auf dem Gebiete der Kohlenindustrie aus. Die schüchternen Ver-
suche der Organisation solcher Verbände werden auch in der graphischen
Industrie gemacht. Gleichzeitig tritt Havelock Wilson, dessen Verband schon
längst als gelber Verband funktioniert, mit offenem Visier auf und be-
schränkt sich nicht mehr darauf, daß er die Seeleute knebelt, sondern ver-
sucht, seinen Einfluß auch auf andere Gebiete der Industrie und vor allem
auf die Bergarbeiter auszudehnen.

Die Depression findet ebenfalls ihren Ausdruck in jenem offenen reaktio-
nären und dreist imperialistischen Kurs, den jetzt sowohl die Führer der
Arbeiterpartei wie auch des Generalrates eingeschlagen haben, im Kurs, der
seinen vollen und deutlichen Ausdruck auf den letzten Tagungen in Edin-
burgh und Blackpool gefunden hat.

Unmittelbar bis zum Generalstreik schwankte die Mittelschicht der eng-
lischen Gewerkschaftsangestellten nach links. Diese Schwankungen sicherten
einerseits die Möglichkeit der Durchführung einer Reihe von Resolutionen
auf den Kongressen in Hull und Scarborough und verschärften die Grenze
zwischen den Gewerkschaften einerseits und der Arbeiterpartei andererseits.
Bereits während des allgemeinen Streiks begann diese Mittelschicht sich
merklich nach rechts zu entwickeln. Die drohenden Verhältnisse des
Klassenkampfes erschreckten jene Gewerkschaftsbeamten tödlich, die
glaubten, daß man mit Hilfe radikaler Resolutionen allein die besten
Resultate erzielen kann. Schon auf der Konferenz der Exekutiven im
Januar 1927 haben sich nicht nur die Thomas, Hicks, Purcell usw., sondern
auch die gewerkschaftlichen Beamten zweiten Ranges für die Methoden der
Klassenmitarbeit als Gegengewicht den Methoden der Minderheitsbewegung,
d. h. der Methoden des organisierten Klassenkampfes gegenüber, eingesetzt.

Der Feldzug gegen die Minderheit und die Kommunistische Partei ist
natürlich nicht nur durch die Depression bestimmter Schichten der Arbeiter-
klasse bedingt, sondern vielmehr durch die neue Richtung der Arbeiter-
klasse, die sich der grandiosen Kraft, die während des neuntägigen General-
streiks von der Arbeiterklasse entwickelt wurde, erinnerten und daß diese
Kraft verraten wurde. Diese neuen Bestrebungen der Arbeiter fanden ihren
Ausdruck in einer Reihe von Massendemonstrationen (der 1. Mai, die Kam-
pagne im Zusammenhang mit Sacco und Vanzetti usw. usw.) und den Be-
ziehungen zur Minderheit bei den Wahlen der Gewerkschaftsangestellten.

Die neue Politik der Bürokratie der Gewerkschaft und der Arbeiterpartei
kam für die Kommunistische Partei nicht unerwartet. Aber sie verlangte
von der Kommunistischen Partei eine schroffe Umstellung und zwar in bezug
auf das Tempo und den Druck. Dieser Aufgabe ist die Kommunistische
Partei Englands nicht in genügendem Maße gerecht geworden.

Zur Begründung dieser Behauptung wird es richtig sein, wenn wir uns
der Periode zukehren, die unmittelbar dem Verrat des allgemeinen Streikes
folgte. Die ganze Situation verlangte, daß die Kommunistische Partei die
Kampagne zugunsten der Bergarbeiter, die sie mit soviel Energie und Mut
führte, fortsetzte und einen rücksichtslosen Kampf gegen den Generalrat
beginne. Die Periode, die zwischen dem 12. Mai und dem Septemberkongreß

der Gewerkschaftsverbände in Bornemouth liegt, mußte unter dem Zeichen des erbittertesten Kampfes gegen den Generalrat zur Vorbereitung der proletarischen öffentlichen Meinung stehen, um gegen die Schuldigen des Generalstreikverrates auf der Bornemouther Tagung kämpfen zu können. Verschiedene Resolutionen und Direktiven in dieser Hinsicht finden wir in der englischen kommunistischen Presse. Es ist aber zu sagen, daß die Kampagne nicht auf der Höhe der Situation des Klassenkampfes in England stand.

Solche Schwächen beobachten wir in den Monaten, die der Niederlage des Bergarbeiterstreiks folgten. Die Schläge, die gegen die Kommunistische Partei gerichtet wurden, zeichneten sich nicht nur durch ihre Stärke, sondern durch ihre Treffsicherheit aus. Die Agenten des britischen Imperialismus wandten das Prinzip der Spontaneität geschickt an, um ihre Feinde zu verblüffen. Die Kommunistische Partei mußte sofort zum Angriff übergehen und daran denken, daß der Angriff die beste Form der Defensive ist. Sie mußte auch gleichzeitig eine große Wachsamkeit zeigen, um die geschickten und raschen Schläge der Feinde zu parieren.

Zur Illustration unseres Gedankens werden wir einige Beispiele anführen. Wir haben schon den Kampf im Zusammenhang mit der Feier des 1. Mai erwähnt. Während die Arbeiterpartei den Kampf gegen die Beteiligung der Kommunisten an der allgemeinen 1. Mai-Demonstration führte, verlangte der Generalrat der Gewerkschaften von den städtischen Räten der Gewerkschaften die Unterzeichnung eines Dokuments, das die Forderung der Lossagung von der Minderheit enthielt, als Vorbedingung der Beteiligung auf der allgemeinen nationalen Konferenz der städtischen Gewerkschaftsräte. Man hätte annehmen dürfen, daß die Kommunistische Partei ihre Kampagne gegen die Zerstörer der Arbeiterpartei mit der Kampagne der Zerstörer der Gewerkschaftsbewegung vereinigte. Dieser hinterhältige Schlag des Generalrates überraschte sowohl die Kommunistische Partei, wie auch die Minderheit. Sie erblickten in diesem taktischen Manöver des Generalrates einen Versuch, diejenigen städtischen Räte, die mit der Minderheit verbunden sind, vor geschlossenen Türen stehen zu lassen und die Kommunistische Partei hat, statt eine breite Kampagne gegen den Generalrat zu entfalten, den Rückzug vorgezogen. Im weiteren bewiesen die Ereignisse, daß die Kommunistische Partei ihren Einfluß in den städtischen Räten unterschätzt hatte.

Ein ähnliches Bild beobachten wir in bezug auf das Gewerkschaftsgesetz. Der Generalrat arbeitete ein derart sorgfältiges Schema der Kampagne aus, das unter keinen Umständen irgendwelche Komplikationen erzeugen konnte und der konservativen Regierung keine Schwierigkeiten bereitete. Die Konferenzen des „Protestes“ gegen dieses Gesetz wurden unter der unmittelbaren Führung des Generalrates organisiert, wobei den Teilnehmern der Konferenz nicht gestattet wurde, irgendwelche Korrekturen an der Resolution des Generalrates anzubringen. Sie konnten dafür oder dagegen stimmen. Eine solche autokratische Organisationsmethode der Kampagne erforderte gebieterisch die Organisation einer Gegenkampagne für die Sabotierung dieser inszenierten Konferenzen. Die Praxis zeigte, daß in jenen Fällen, wo die Kommunisten mit genügender Energie vorgingen, die Konferenzen, die vom Generalrat einberufen waren, sabotiert werden konnten. Allein eine all-

gemeine, planmäßig organisierte Kampagne zur Sabotierung dieser Konferenzen und zur Entlarvung dieser Organisatoren als versteckte Zuhälter dieses Zuchthausgesetzes für die Gewerkschaften haben wir in England nicht feststellen können.

Diese zwei Beispiele genügen, um zu zeigen, daß die Partei zwar theoretisch den Sinn dieser neuen Lage, in die sie, dank der Konsolidierung der Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung geriet, erfaßte, daraus aber bei weitem nicht alle notwendigen taktischen und organisatorischen Schlußfolgerungen zog. Die Parteimitglieder z. B. auf den letzten Gewerkschafts- und Parteikongressen (in Edinburgh und Blackpool) haben nicht einmal die Tatsache unterstrichen, daß diese Kongresse dem Wesen der Sache nach sich in bürgerliche Hilfsparkamente verwandelten, die dem großen Parlament in Westminster gestatten, die Militärintervention in China, die Militärverschöpfung gegen die UdSSR und den grausamen Angriff gegen die englischen Proletarier zu verwirklichen.

Es ist noch notwendig, zu betonen, daß der organisierte Feldzug der ganzen Reaktion gegen die Kommunistische Partei in England eine Art Ideenverwirrung sowohl in ihren Reihen, wie auch im Zentralkomitee und in den lokalen Organisationen hervorgerufen hat. Im Zentralkomitee spitzten sich die Debatten über den Wert des Generalstreiks als Waffe des proletarischen Klassenkampfes zu. Das aufmerksame Studium der stenographischen Protokolle über die Sitzungen des Zentralkomitees zeigt jedoch, daß dem Wesen nach weniger die Rede vom allgemeinen Streik ist, als vielmehr über die Methoden und den Formen der Verwirklichung der Einheitsfront. In den Reihen des Zentralkomitees waren Genossen, die fortgesetzt dachten, nicht nur an eine Einheitsfront von unten nach dem Vorbilde der 1. Mai-Kampagne, der Kampagne im Zusammenhang mit Sacco und Vanzetti usw., sondern auch an Versuche der Verwirklichung einer Einheitsfront von oben mit jenen sogenannten Linken, die noch nicht genügend sich als Helfershelfer der offenen Reaktion entlarvten, zu denken sei. In dem Bestreben, irgendwelche Formen der Einheitsfront von oben zu bewahren, spürte man infolge der wilden Kampagne der vereinigten Reaktion die Angst vor der Gefahr der Isolierung. Das Echo dieser Stimmungen beobachteten wir auch im Lande. Der politische Bericht des Zentralkomitees erwähnt das nicht einmal flüchtig. Er spricht von einer gewissen Tendenz in den Lokalorganisationen, die Einheitsfront auf Kosten der Kritik und Entlarvung zu behalten. Der politische Bericht läßt nur unerwähnt, daß diese Tendenzen zuweilen in einer ziemlich scharfen Form zum Vorschein kamen, und daß sie sich nicht nur in der Provinz, sondern auch im Zentrum geltend machen.

Die Resolutionen, die vom 9. Parteitag der englischen Kommunisten angenommen wurden, zeigen, daß diese Schwankungen im großen Maße verschwunden sind. Allein es wäre übertrieben, anzunehmen, daß sie schon endgültig überwunden sind. Wir sind der Ansicht, daß z. B. die Resolution über das anglo-russische Komitee, die vom 9. Parteitag angenommen wurde, sich nicht durch die nötige Klarheit und Deutlichkeit auszeichnet. Das anglo-russische Komitee wurde angesichts der herannahenden militärischen Gefahr vom Generalrat gesprengt. Von seiner Wiederaufrichtung im Sinne der Wiederherstellung der Beziehungen mit dem Generalrat zu sprechen, würde bedeuten, nicht nur schädliche, sondern gefährliche Illusionen zu er-

zeugen. Die Einheit der Arbeiter Englands und der UdSSR kann in der heutigen neuen Situation nur von unten hergestellt werden gegen jene, die während einer langen Zeit das anglo-russische Komitee sabotierten und es im wichtigsten Augenblick sprengten. Die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Englands beweist überzeugend, daß sie in der Praxis bestrebt ist, die Einheit zwischen den Arbeitern der UdSSR und Großbritanniens von unten auf herzustellen. Aber unter jenen komplizierten Verhältnissen, in denen die Kommunistische Partei Englands sich heute befindet, ist die politische Klarheit und Präzision für den weiteren Erfolg unerlässlich.

Wir versuchten nicht nur das Aktivum, sondern auch das Passivum in der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Englands für das vergangene Jahr festzustellen. Wenn wir jetzt das Aktivum und Passivum vergleichen, um eine Bilanz zu ziehen, werden wir unvermeidlich zum Schlusse gelangen, daß weder für die Bourgeoisie zum Frohlocken noch für die düstere Philosophie unserer trübseligen Oppositionäre ein Grund vorhanden ist. Wir beobachten in England zwei Konsolidierungsprozesse. Von oben geht die Konsolidierung der ganzen Bürokratie unter dem Banner des Schutzes des englischen Imperialismus. Von unten geht die Konsolidierung der Arbeitermassen unter dem Banner des Klassenkampfes. Die Massen befreien sich von dem Abhängigkeitsverhältnis zu den alten Führern. Das wichtigste Resultat in diesem Kampfe von unten ist die Tatsache, daß im Verbands der Bergarbeiter faktisch der Wechsel der unablösbaren Angestellten bereits begonnen hat, und daß im Verband der Metallarbeiter sorgfältige Vorbereitungen dazu getroffen werden. Die Kommunistische Partei beschränkt den Weg der unmittelbaren Mobilisation der Massen einerseits und den Weg des Kampfes für die Kommandohöhen in der Arbeiterbewegung andererseits. Der Kampf gegen beide Fronten bringt spürbare Resultate und man kann mit Sicherheit sagen, daß die Partei imstande sein wird, die nötigen Lehren des zurückgelegten Weges zu ziehen, um ehrlich die grundlegende Mission der revolutionären Massenpartei der englischen Arbeiterklasse zu erfüllen.

A. MARTYNOW:

DIE ÖKONOMISCHE PLATTFORM DER OPPOSITION UND DIE ÖKONOMISCHE WIRKLICHKEIT

I. Von Stufe zu Stufe

Die trotzkistische Opposition gibt jetzt in ihrer unterirdischen Literatur eine derartige Einschätzung der ökonomischen Lage der UdSSR und der ökonomischen Politik der KPSU., daß jeder Menschewik sie mit Vergnügen unterschreiben würde. Unsere Partei ist nicht gewöhnt, in ihren eigenen Reihen solche Reden zu hören, und damit diese jähe Wendung „ehemaliger Führer“ nicht als ein Wunder erscheine, muß man jedesmal und immer wieder auf den Weg zurückblicken, den sie zurückgelegt haben.

In der Epoche der ersten russischen Revolution schrieb Genosse Trotzki zur Begründung seiner „Theorie der permanenten Revolution“ über Rußland: „Das Proletariat, das die Macht ergriffen hat, wird nicht nur mit allen Gruppierungen der Bourgeoisie, die es in den ersten Zeiten des revolutionären Kampfes unterstützt haben, sondern auch mit den breiten Massen des Bauerntums, durch deren Mitwirkung es zur Macht gelangt ist, feindlich zusammenstoßen. Die Widersprüche in der Lage eines Arbeiterstaates in einem rückständigen Lande, in welchem die Bauernschaft die erdrückende Mehrheit bildet, können ihre Lösung nur im internationalen Maßstab auf der Arena der proletarischen Weltrevolution finden.“ Genosse Trotzki ist sich in dieser Frage auch nach dem Oktober treu geblieben. Sobald sich das Tempo der Weltrevolution verlangsamte, sobald in der Sowjetrepublik Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Einführung der NEP, besonders seit dem 12. Parteitag der KPR auftauchten, begann Trotzki Jahr für Jahr eine ökonomische Krise und den Untergang der Sowjetmacht zu prophezeien, ohne zu bemerken, daß die Tatsachen selbst den Untergang seiner „Theorie der permanenten Revolution“ bezeugten.

Anfangs war Genosse Trotzki in der KPR mit seinen Unkenrufen allein. Als aber die Sowjetmacht vor dem schwierigen Problem des Ueberganges von der Wiederherstellungsperiode zur Periode des Neuaufbaues stand, und als sich in Verbindung damit neue Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur erhoben, da begannen die Genossen Sinowjew und Kamenew, die auch schon früher bei jedem steilen Aufstieg Schwindelanfälle bekommen hatten, zu wanken; unmittelbar hinter Trotzki einerschreitend, „signalisierten“ sie, daß die Sowjetmacht sich am Rande eines Abgrundes befinde. Zur Begründung ihrer Panik nahmen sie am Leninismus eine „geringfügige“ Revision vor und stellten die These auf: „Wir können zwar den Sozialismus b a u e n , werden ihn aber in unserem zurückgebliebenen Lande nicht a u f b a u e n können, wenn uns die Weltrevolution nicht zu Hilfe kommt.“ Das war nur eine neue Variation der alten trotzkistischen „Theorie der permanenten Revolution“. Und das war ihrerseits eine prinzipielle Preisgabe des Leninismus zugunsten des Trotzkiismus.

Das war der Ausgangspunkt der „Neuen Opposition“. Seitdem ist nicht sehr viel Zeit vergangen, aber sehr viel Wasser ins Meer geflossen. Die Partei hat diese Revision des Leninismus verworfen, und die Opposition ist, dank der Logik des fraktionellen Kampfes gegen die Partei, bis an den äußersten Rand gerollt. Jetzt „signalisiert“ sie auch die Gefahr nicht mehr, sondern sie konstatiert schon, sozusagen, vollendete Tatsachen. Jetzt beschränken sie sich nicht mehr auf die Behauptung, daß wir den Sozialismus aus eigenen Kräften in der UdSSR in Zukunft nicht w ü r d e n a u f b a u e n können. Jetzt sagen sie, daß die Partei, in ihrem Jargon die „Stalinsche Fraktion“, schon jetzt — das heißt natürlich: seit dem Ausscheiden der Opposition aus der Leitung — aufgehört habe, den Sozialismus zu b a u e n , und daß sie angefangen habe, den Kapitalismus zu bauen. In ihrer neuesten unterirdischen Plattform schreiben sie:

„Es existieren im Lande zwei sich gegenseitig ausschließende Grundpositionen. Die eine Position ist die des Proletariats, das am Sozialismus baut (ohne Hoffnung, ihn aufzubauen! A. M.), die zweite ist die der Bourgeoisie, die sich bestrebt, die Entwicklung in das kapitalistische Geleise zu bringen. Zwischen diesen beiden Positionen —

jedoch der letzteren immer näher kommend — liegt die Stalinsche Linie.... Der Leninsche Weg bedeutet die sozialistische Entwicklung der Produktivkräfte im ständigen Kampf mit dem kapitalistischen Element. Der Ustrjalowsche Weg bedeutet die Entwicklung der Produktivkräfte auf kapitalistischer Basis, auf dem Wege der sukzessiven Aufzehrung der Oktober-Errungenschaften. Der Stalinsche Weg führt faktisch zur Drosselung der Entwicklung der Produktivkräfte, zu einem Sinken des spezifischen Gewichtes der Elemente des Sozialismus und damit zur Vorbereitung des Sieges des Ustrjalowschen Weges.“

Wenn dies nun wahr und nicht vielmehr eine bösertige Verleumdung wäre, so wäre das nur der verhängnisvolle und unvermeidliche Schluß aus der alten trotzkistischen Theorie, und Trotzki müßte dann eigentlich laut schreien: „Was wollt ihr? Hab' ich's denn nicht schon 1905 vorausgesagt?“ Das aber offen zu sagen, würde für ihn bedeuten, sein Liquidatorentum, seine Abkehr von der Revolution offen einzugestehen. Die Geschichte der schrittweisen Abkehr aller schwankenden Elemente — der Levi, Höglund, Maslow u. a. — lehrt uns jedoch, daß die Kleingläubigen ihren Rückzug oder ihr Abtrünnigwerden stets durch einen Trommelwirbel ultrarevolutionärer Phrasen decken und — in Worten — in der Rolle von „Rettern“ der Revolution auftreten, während sie in Wirklichkeit Liquidatoren sind. Es ist nicht verwunderlich, daß die trotzkistische Opposition auch diesmal, trotz ihres Unglaubens in ihrer Plattform plötzlich verkündet:

„Ungeachtet der Gespanntheit der Situation, die infolge der groben Fehler der jetzigen Leitung äußerst verschärft worden ist, ist die Sache noch vollkommen gutzumachen. Aber man muß die Linie der Parteileitung ändern — und zwar ganz jäh ändern — in der Richtung, die Lenin vorgezeichnet hat (?!)“

Wenn man alle ihre Reden auf einen kurzen Ausdruck bringen wollte, würde sich folgende Konzeption ergeben: „Die Sache muß, theoretisch gesprochen, infolge des verlangsamten Tempos in der Entwicklung der Weltrevolution als verloren gelten. Die Sache ist faktisch, unter Beihilfe der „Stalinschen Fraktion“, schon fast verloren, aber — gebt uns die Macht in der Partei, und wir werden alles retten.“ Wahrlich, es geschehen noch Zeichen und Wunder! Wie nun alle diese respektiven „gewesenen Führer“ die Sache zu retten gedenken, das werden wir weiter unten sehen.

II. Die Methodologie der Opposition

Zu leugnen, daß die Sowjetrepublik im allgemeinen und speziell in den letzten zwei Jahren sehr große ökonomische Errungenschaften aufzuweisen hat, ist eine hoffnungslose Sache. Dies geben jetzt auch die offenen Klassenfeinde der Sowjetmacht zu. Dem entsprechend stellt sich die trotzkistische Opposition augenblicklich eine bescheidenere Aufgabe: sie will beweisen, daß wir, obschon wir vorwärtsgehen, doch nicht auf dem Leninschen Wege vorwärtsgehen, sondern auf dem Ustrjalowschen Wege; daß die Elemente des Kapitalismus gegenüber den Elementen des Sozialismus in ihrem Wachstum mehr und mehr überwiegen. Um ihr Auditorium hiervon zu überzeugen, greift die trotzkistische Opposition bei ihrem letzten Auftreten vor dem Plenum des ZK (Reden der Genossen Pjatakow und Smilga) und in ihrer späteren unterirdischen Plattform, ebenso auch in ihren Artikeln, zu folgenden Methoden:

Sie erwähnen erstens in all ihren Reden, die auf ein breites Auditorium berechnet sind, mit keinem Wort die Errungenschaften der Sowjetmacht.

Sie leugnen sie nicht — Gott behüte! —, aber sie übergehen sie auf Grund erhabener „prinzipieller“ Erwägungen, indem sie sich darauf berufen, daß auch Lenin seinerzeit all unsere Fehler und Schwächen rücksichtslos aufgedeckt habe. Indem sie dies sagen, machen sie sich, gelinde gesagt, einer Verdrehung schuldig. Lenin hat zu wiederholten Malen Fehler und Mißgriffe der Sowjetpolitik aufgedeckt; das ist richtig. Aber zugleich damit hat er unbeirrt auf die tatsächlichen Errungenschaften der Sowjetmacht hingewiesen und ebenso unbeirrt, nachdem er das Fazit gezogen, bewiesen, daß wir trotz allem vorwärtsgehen und zum Sozialismus kommen werden. Sie aber verschlucken diese zweite Hälfte der Wahrheit zum größten Vergnügen unserer Klassenfeinde.

Sie zerren zweitens aus unserer Presse und aus unseren Parteidokumenten einzelne Tatsachen heraus, die von Mängeln, Fehlern und Mißbräuchen zeugen (solcher Mängel gibt es bei uns natürlich eine ganze Menge) und verallgemeinern sie zur herrschenden Tendenz in der UdSSR.

Insofern sie aber nicht mit einzelnen Tatsachen, sondern mit Durchschnittszahlen operieren, verzerren sie vermittels einer ganzen Serie geschickter Kunststücke oder auf dem Wege der größten theoretischen Fehler vollkommen den Sinn dieser Zahlen. Indem zum Beispiel Genosse Pjatakow der einen Frage, betreffend das Niveau des Arbeitslohnes des Arbeiters in der UdSSR, die andere Frage, betreffend das Niveau des mittleren pro-Kopf-Verbrauchs des russischen Bürgers, unterschiebt, beweist er, daß dieses Niveau sehr niedrig ist sogar im Vergleich mit der Vorkriegszeit. Dabei wird verschwiegen, daß früher der Löwenanteil an diesem Verbrauch auf die Gutsbesitzer und Kapitalisten entfiel, jetzt aber, nach der Oktoberrevolution, auf die werktätigen Klassen entfällt, und daß die Durchschnittszahlen daher nichts beweisen. So vergleicht zum Beispiel derselbe Genosse Pjatakow, um zu beweisen, daß das Tempo des Anwachsens der Arbeitslosigkeit in der UdSSR am Anfang des Wirtschaftsjahres 1926/27 viel höher war, als im vorhergehenden Wirtschaftsjahr, zur Charakteristik des vorhergehenden Jahres das erste mit dem zweiten Halbjahr, wobei er verschweigt, daß in jedem zweiten Halbjahr eines Wirtschaftsjahres, d. h. in den Sommermonaten, die Arbeitslosigkeit sich wegen der dann einsetzenden Arbeit in der Landwirtschaft und der Belebung der Bautätigkeit vermindert. So schließt zum Beispiel Genosse Kolesnikow, indem er das Tempo der Erhöhung der Produktion in der UdSSR mit der Erhöhung der Produktion in den kapitalistischen Ländern in bestimmten Dezennien vergleicht, bei den kapitalistischen Ländern die Krisenperiode aus, wie wenn er nicht wüßte, daß die Krise in einem kapitalistischen Lande einen organischen Bestandteil des Zyklus der industriellen Entwicklung bildet. So zum Beispiel beruft sich derselbe Genosse Kolesnikow zur Charakteristik der Arbeitslosigkeit in der UdSSR auf die Worte Marx' aus dem 1. Band des „Kapital“, daß die Arbeitslosigkeit „ein allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ sei. Wie wenn er nicht wüßte, daß die Gesetze der Oekonomie in der Sowjetrepublik sich wesentlich von den Gesetzen der Oekonomie der kapitalistischen Gesellschaft unterscheiden, und daß im einzelnen der Charakter und die Ursachen der Arbeitslosigkeit in der Sowjetrepublik sich wesentlich sowohl von dem Charakter und den Ursachen der Arbeitslosigkeit

in den kapitalistischen Ländern in der Vorkriegszeit, als auch von dem Charakter und den Ursachen der chronischen Arbeitslosigkeit der kapitalistischen Länder in der gegenwärtigen Zeit unterscheiden usw. usw.

Um endlich das Unbeweisbare zu beweisen, d. h. das Wachstum der kapitalistischen Elemente in der UdSSR auf Kosten der sozialistischen, greifen die Oppositionshelden zu ausgesprochenen Lügen, eingedenk der Regel: „Verleumde, verleumde! Es bleibt doch immer etwas hängen.“ Und nach alledem zeigen sie sich, mit der Miene edler Entrüstung, empört darüber, daß man ihnen nicht gestatte, ihre Plattform und ihre Dokumente zu drucken, und daß man sie, die Armen, auf diese Weise nötige, ihre Zuflucht zu Schwindeleien und zur Einrichtung illegaler Druckereien zu nehmen. Als ob sie nicht gehört hätten, daß die bürgerliche „Preßfreiheit“, d. h. die Freiheit, die Sowjetmacht zu verleumden, ein Privileg ist — der kapitalistischen Länder, nicht aber des Landes der Diktatur des Proletariats!

III. Wohin wächst die Industrie in der UdSSR?

Daß die Staatsindustrie in der UdSSR wächst, kann die Opposition nicht leugnen: Sonnenstrahlen lassen sich eben nicht mit einem Sack zudecken. Aber sie hat die Kühnheit, zu behaupten, daß „unsere Industrie, der Transport und die städtische Wirtschaft in ihrem Wachstum gegenüber dem allgemeinen Wachstum der ganzen Volkswirtschaft zurückbleiben“ (Erklärung des Genossen Pjatakow), daß die Industrie in der UdSSR „im Schnecken-tempo“ wachse und daß „in der letzten Periode . . . sich ein Umschwung vollzog und noch andauere. Das zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse und die Verbesserung ihrer Lage ist zum Stillstand gekommen, bei fort-dauerndem und beschleunigtem Wachstum ihrer Feinde“ (aus der Plattform der Opposition), und „in den letzten Jahren geht ein rascheres Anwachsen der kapitalistischen Elemente vor sich im Vergleich mit den sozialistischen“ (aus der „Oppositionellen Erklärung der 15“).

Führen wir zur Antwort auf diese verleumderischen Anschuldigungen jene Tatsachen an, die in unserer Parteipresse und in den Reden unserer verantwortlichen Genossen schon vorgebracht wurden. Die Zahlen zeigen, daß die sozialistische Staatsindustrie in der UdSSR nicht nur wächst, sondern schneller wächst als die Landwirtschaft, in der der Kleinbetrieb herrscht (von dem Sinken des ohnedies winzigen Anteils der kapitalistischen Industrie sprechen wir erst gar nicht).

Der Anteil der Industrie und Landwirtschaft in der Brutto-Produktion der UdSSR in Prozenten

	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28
Produktion der Industrie	32,4	35,9	38,0	40,2
Produktion der Landwirtschaft	67,2	64,1	62,0	59,8

Dabei wächst in der Industrie selbst die Produktion rascher als die Produktion der Gebrauchsgegenstände.

	Produktionsmittel	Gebrauchsgegenstände
1923—24	51,4	48,6
1924—25	52,6	47,4
1925—26	54,4	45,6
1926—27	56,2	44,8

Besonders stürmisch wächst in der UdSSR die Energie-Erzeugung, die für die Industrialisierung des Landes von entscheidender Bedeutung ist. Die Steinkohlen-Industrie hat das Vorkriegsniveau um 3 Millionen Tonnen überholt. Die Produktion der Naphtha-Industrie hat sich im Laufe zweier Jahre, von 1924/25 bis 1926/27, von 4,9 Mill. Tonnen auf 7,4 Mill. Tonnen gehoben, dabei hob sich die Benziningewinnung in diesen zwei Jahren von 2,3 Prozent auf 4,6 Prozent. Die Ausbeute an Torf vermehrte sich um das dreieinhalbfache im Vergleich zum Jahre 1913. Die Elektroversorgung verdoppelte sich im Vergleich zum Jahre 1913. Nur die Metallurgie ist noch stark zurück und wird sogar auch im nächsten Jahr noch nicht imstande sein, das Vorkriegsniveau zu erreichen. Aber man darf doch nicht vergessen, daß die Ausbeute an Roheisen in der UdSSR im Jahre 1920 fast auf Null gesunken war (auf 2,8 Prozent im Vergleich zum Jahre 1913!).

Dieses stürmische Wachstum der Industrie im Vergleich mit der Landwirtschaft in der Wiederherstellungsperiode war, nach der Versicherung der Opposition (Kolesnikow), ganz elementar gerade deshalb, weil sie früher verhältnismäßig tief gesunken war (sagen wir, in der Art, wie ein Gas elementar in ein Gefäß eindringt, aus welchem die Luft ausgepumpt war). Die Partei hat damit, wollen sie sagen, gar nichts zu tun. Diese Behauptung ist nicht nur der Gipfel der Unwissenheit, der Gipfel des Nichtbegreifens der Rolle der Grundsätze der Planwirtschaft, die sich in der Sowjetökonomie mehr und mehr durchsetzen; es bedeutet dies zugleich eine Verleumdung der russischen Arbeiterklasse, die zur Wiederherstellung ihrer Industrie heroische Anstrengungen gemacht hat.

Aber die Opposition fand jetzt im Zusammenhang mit der Frage des Wachstums der Industrie in der UdSSR einen neuen Anlaß zu Unkenrufen. Wir sind in der UdSSR in die Periode des Neuaufbaues der Industrie eingetreten. Ungeheure Kapitalien (ungeheuer im russischen Maßstab) werden jetzt in der Industrie investiert: der allgemeine Umfang der Kapitalinvestitionen wird im Jahre 1927/28 3,3 Milliarden Rubel betragen. Davon werden 1184 Millionen Rubel in der Industrie investiert. Diese ungeheuren Kapitalien werden dem Umsatz entzogen und gebunden. Der Endeffekt wird sich erst in 3, 4—5 Jahren zeigen. Es ist natürlich, daß sich das Tempo der Produktionszunahme ebenso wie das Tempo des Zuwachses der Anzahl der Arbeiter und des Arbeitslohnes im Vergleich mit der Wiederherstellungsperiode verlangsamen muß, und es hat sich schon verlangsamt. Dieser Umstand eben gab der Opposition den Anlaß, ein Geschrei zu erheben, daß unsere Industrialisierung „im Schnecken-tempo“ weitergehen werde, und daß man, um eine „Katastrophe“ zu verhüten, außergewöhnliche Maßregeln ergreifen müsse, die auf eine Ueberindustrialisierung hinauslaufen sollen. All das ist der reinste Unsinn. Im Sinne der Produktionsvermehrung ist der Moment des Umschwungs schon überwunden. Wenn man die Warenproduktion der Industrie in der UdSSR, die für das Wirtschaftsjahr 1927/28 vorgesehen ist, mit der Produktion des Jahres 1926/27 vergleicht, erweist es sich, daß der Zuwachs der Produktion im gegenwärtigen Wirtschaftsjahr 13,5 Prozent ausgemacht hat und im kommenden Jahre mehr als 13,9 Prozent ausmachen wird. Dieser stabil gewordene Prozentsatz des Zuwachses der Industrie ist natürlich be-

deutend niedriger als der des stürmischen und jährlichen Zuwachses der Industrie in der verflossenen Wiederherstellungsperiode; aber zugleich damit ist er, trotz der Versicherungen des Genossen Trotzki, daß wir mit den kapitalistischen Ländern nicht werden Schritt halten können, höher als in einem beliebigen kapitalistischen Lande. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, an Hand der „Materialien“ des Gosplan (Staatliche Planwirtschaftskommission), die, nebenbei bemerkt, zu pessimistisch zusammengestellt sind, den mit 15,9 Prozent angesetzten Zuwachs der Jahresproduktion der staatlichen Industrie in der UdSSR für das nächste Jahrfünft mit dem Produktionszuwachs in den kapitalistischen Ländern in den stürmischsten Perioden ihrer Entwicklung zu vergleichen:

Der mittlere Zuwachs der Industrie-Produktion in der Vereinigten Staaten von Amerika:

Periode 1850—1860	8,7 Prozent
„ 1860—1870	7,9 „
„ 1870—1880	5,8 „
„ 1880—1890	4,9 „
„ 1890—1900	4,3 „

Zuwachs der Produktion im zaristischen Rußland:

Periode 1890—1895	8,2 Prozent
„ 1895—1900	5,2 „
„ 1900—1905	2,6 „
„ 1905—1910	3,6 „

Was das zaristische Rußland betrifft, so muß man hier noch in Betracht ziehen, daß das ausländische Kapital in diesen Jahren in der kapitalistischen Entwicklung Rußlands eine ungeheure Rolle gespielt hat, das der Sowjetrepublik bekanntlich nicht allzusehr zufließt.

Dasselbe kann man auch vom zahlenmäßigen Anwachsen des Proletariats in der UdSSR. sagen. Die Zahl der Arbeiter in der Großindustrie der UdSSR erhöhte sich in drei Jahren, von 1923/24 bis 1926/27, um 58,4 Prozent. In der beginnenden Neuaufbauperiode ist das Tempo des Anwachsens der Zahl der Arbeiter allerdings niedriger, es erscheint im Vergleich zur Wiederherstellungsperiode verlangsamt. Wenn in den letzten drei Jahren die Zahl der Arbeiter in der Industrie jährlich im Durchschnitt um 16 Proz. gestiegen ist, so wird für das folgende Jahrfünft der jährliche Zuwachs mit 3 Prozent angenommen. Aber auch dieser Zuwachs ist höher, als in allen kapitalistischen Ländern. Genosse Trotzki erklärte, daß die Sowjetrepublik von der Weltwirtschaft aufgefressen werden wird, wenn die Weltrevolution nicht zur rechten Zeit kommen sollte.

„Das Tempo der Entwicklung ist nicht willkürlich. Es wird uns aufgenötigt durch die ganze Wellentwicklung, weil in letzter Instanz die Weltwirtschaft jeden ihrer Teile kontrolliert, sogar wenn dieser Teil unter proletarischer Diktatur steht und eine sozialistische Wirtschaft baut.“

Die Tatsachen zeigen schon jetzt, daß Genosse Trotzki sich verrechnet hat, weil er die Kleinigkeit aus den Augen verloren hat, daß die Sowjetwirtschaft in der Weltwirtschaft kein normales Glied ist, sondern in ihr in einem bedeutenden Maße einen Fremdkörper darstellt, und daß das Tempo ihrer Entwicklung bei weitem „willkürlicher“ ist, als das Entwicklungstempo der kapitalistischen Teile der Weltwirtschaft, weil sich in der Wirtschaft der

UdSSR mit jedem Jahre der Grundsatz der Planwirtschaft mehr und mehr verstärkt!

IV. Was wird in der UdSSR siegen: das Prinzip der Planmäßigkeit oder die Planlosigkeit?

Eines der schwierigsten Probleme des sozialistischen Aufbaues in der ökonomisch rückständigen Sowjetrepublik bestand darin, den Markt zu meistern. Genosse Lenin nahm, wie bekannt, sogar an, daß es für uns, um diese schwierigste Frage zu lösen, sogar von Nutzen sein könnte, in der UdSSR durch eine kurzfristige Phase des Staatskapitalismus hindurchzugehen. Es hat sich gezeigt, daß die Sowjetmacht ohne diese Phase auskommen konnte; sie vermochte diese Struktur zu überspringen und, gestützt auf ihre sozialistischen Kommandohöhen, die kapitalistischen Elemente des Marktes von Jahr zu Jahr immer mehr und mehr zu verdrängen. Zu allererst drückte sich dies darin aus, daß die Sowjetmacht Handel treiben lernte, und so Handel treiben lernte, daß gleichzeitig mit dem ununterbrochenen Wachstum des Warenumsatzes der sozialistische Sektor des Handels (Staatshandel und Genossenschaften) auf Kosten des privatkapitalistischen Sektors gestärkt wurde. Auf der Linie des Handels erhöhte der staatliche und genossenschaftliche Sektor innerhalb von vier Jahren seinen Anteil wie folgt: im Jahre 1923/24 — 59,2 Prozent, 1924/25 — 73,2 Prozent, 1925/26 — 76,2 Prozent, 1926/27 — 78,5 Prozent. Besonders schwierig war es im Anfang, mit dem privaten Händler im Kleinhandel zu konkurrieren. Gegenwärtig ist der private Händler auch auf diesem Gebiet geschlagen. Der Anteil des Privatkapitals im Kleinhandel betrug in den Jahren 1923/24 — 58,6 Prozent, 1924/25 — 43,8 Prozent, 1925/26 — 38,8 Prozent, 1926/27 — 35,4 Prozent.

Als Resultat des erfolgreichen Kampfes mit dem Privathändler wurden z. B. in den vergangenen 8 Monaten in Moskau bis zu 18 Prozent privater Handelsunternehmungen und 9 Prozent gewerblicher Unternehmungen geschlossen, in der Ukraine in verschiedenen Gebieten 12 bis 24 Prozent, in Samara 19 Prozent, in Saratow 34 Prozent usw. Dabei hat, was besonders wichtig ist, die Verdrängung der Privathändler das Tempo der Entwicklung des allgemeinen Warenumsatzes durchaus nicht verlangsamt. Es steigt von Jahr zu Jahr:

1923/24	—	9.751	(in Millionen Tscherwonzen-Rubel)
1924/25	—	13,692	„ „ „ „
1925/26	—	20,468	„ „ „ „
1926/27	—	24,400	„ „ „ „

Besonders große Erfolge im Kampf auf dem Markt mit dem Element der Planlosigkeit wurden gerade in den letzten zwei Jahren auf zwei Gebieten erzielt, auf denen sich die Oppositionsführer ganz besonders hilflos erwiesen haben, in dem einen Fall als Panikrufer, im andern als Anstifter einer Verwirrung.

Die Genossen erinnern sich, daß der Sündenfall Kamenews gerade in Verbindung mit der Verrechnung im Getreidehandel sich zugetragen hat; diese Verrechnung entlockte dem Genossen Kamenew den Panikruf, daß „der Kulak uns übers Ohr gehauen“ habe. Und gerade auf diesem Gebiete hat

unsere Partei in diesem Jahre einen großen Erfolg davongetragen — die Stabilisierung der Getreidepreise. Der mittlere Kalkulationspreis für Roggen betrug im vorigen Wirtschaftsjahr, im Oktober, 75 Kopeken, und im März 1926 1 Rubel 07 Kopeken, was eine große Oeffnung der Schere bedeutet. Im laufenden Jahre haben sich die Herbst- und Frühjahrspreise fast völlig ausgeglichen: im Oktober kostete ein Pud Roggen 72 Kopeken, und im April, Mai und Juni jedoch 74—75 Kopeken. Dasselbe haben wir beim Weizen: im Oktober 1925 — 1 Rubel 19 Kopeken, im Februar 1926 schon 1 Rubel 34 Kopeken. Im gegenwärtigen Wirtschaftsjahr aber hatten wir im Oktober einen Preis von 1 Rubel 01 Kopeken und im März, April, Mai fast denselben Preis — 1 Rubel 03 bis 1 Rubel 07 Kopeken. Diese Ausgleihung der Frühjahrs- und Herbstpreise beseitigte eine immense Quelle der Bereicherung des Kulaken auf Kosten des Armen, der gezwungen ist, im Herbst Getreide zu verkaufen und es im Frühjahr zu kaufen, und brachte der Dorfarmut einen unermeßlich größeren Nutzen als alles hysterische Geschrei der Opposition über die „Kulaken-Gefahr“.

Der zweite große Sieg der Partei über das kapitalistische Element des Marktes besteht in der Herabsetzung des Preises für Industrieartikel. Wenn am 1. Januar 1927 der allgemeine Warenindex der Industriepreise 2,21 betrug, so sank er per 1. Juni 1927 auf 2,06, per 1. Juli auf 2,05. Die Senkung der Kleinhandelspreise auf Industriewaren um 9,5 Prozent vom 1. Januar bis 1. Juli, stellt nach der Direktive der Partei in dieser Richtung einen ersten Schritt dar. Man darf die Augen nicht davor verschließen, daß die Senkung der Kleinhandelspreise im Handelsapparat einstweilen noch hauptsächlich auf Kosten der eigenen Gewinne erreicht wurde und daß die Senkung der Engrospreise um 5 Prozent noch nicht von einer Senkung der Selbstkostenpreise begleitet ist. Die Frage der Senkung der Selbstkosten ist indessen eine Frage, die von dem aktiven Kern der Arbeiterklasse mit größter Aufmerksamkeit studiert wird. Dieses Thema wird jetzt auf allen Industrieberatungen erwogen. Man kann daher sicher sein, daß man im nächsten Jahr in dieser Frage den toten Punkt überwunden haben wird.

Nur auf einem Gebiet ist es der Sowjemacht noch nicht gelungen, auf dem Wege der planmäßigen Einmischung in das ökonomische Leben eine klaffende Disproportion zu beseitigen. Wir sprechen hier von der Arbeitslosigkeit. Sie wächst in der UdSSR von Jahr zu Jahr. Im Oktober 1924 gab es 920 000 Arbeitslose, am 1. Oktober 1926 1 070 000, im April 1927 1 478 000, im Mai 1927 1 428 000, im Juni 1927 1 363 000. Die Arbeitslosigkeit ist ein ungeheures Uebel im ökonomischen Leben der UdSSR. Darum bemüht sich die Opposition gegenwärtig, dieses Faktum zur Diskreditierung der Sowjetmacht auszunützen. Sie behauptet, die Arbeitslosigkeit in der UdSSR sei in ihrer Oekonomik eine Erscheinung „des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation“ (Kolesnikow), ferner, daß sie eine Erscheinung der Krise der städtischen Wirtschaft in der UdSSR sei (Pjatakow). Diese Behauptungen sind auf Unwissenheit, oder auf Demagogie, oder auf beides zusammen gegründet. Die Arbeitslosigkeit ist ein allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation in den rein kapitalistischen Ländern, da in denselben die periodischen Zyklen der Industrieentwicklung mit ihren Konjunktoren und Krisen ohne der Präsenz einer

Reservearmee von Arbeitern nicht vonstatten gehen. In der Sowjetrepublik aber mit ihrer Planwirtschaft und der Uebereinstimmung der Entwicklung der städtischen Industrie mit der Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft benötigt die städtische Industrie die Reservearmee der Arbeiter durchaus nicht. Genau so hinkt auch die Konstruktion einer Analogie mit der chronischen Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern in der letzten Epoche. In dem gegebenen Fall ist die Arbeitslosigkeit ein Resultat der Krise des Kapitalismus, ein Resultat des Widerspruches zwischen dem wachsenden Produktionsapparat und der Einengung des Marktes, ein Resultat der kapitalistischen Methode der Rationalisierung der Industrie. In der Sowjetrepublik gibt es nichts dergleichen. Hier haben wir umgekehrt einen immensen inneren Markt, dessen Kaufkraft sich ständig hebt; hier haben wir keine chronische Absatzkrise, sondern umgekehrt einen wahren Hunger nach Industriewaren, welcher erst in der letzten Zeit, dank der Anstrengungen der Sowjetmacht, etwas befriedigt wurde. In der Sowjetrepublik ist die Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter auch nur in sehr geringem Grade durch die Rationalisierung der Industrie bedingt. Insoweit es sich hier um die Arbeiter handelt, und nicht um die im Staatsapparat (mit seinem sehr aufgequollenen Status) Bediensteten, erzeugt die Rationalisierung in der UdSSR nur einen zeitweiligen Ueberschuß an Arbeitern einiger Kategorien oder an einigen Orten, und zugleich damit einen Mangel an Arbeitern in anderen Berufen und an anderen Orten. Insofern und auf diese Weise also schafft die Rationalisierung in der UdSSR eine zeitweilige Arbeitslosigkeit einiger Arbeiterkategorien an einigen Orten, und der Oppositionär Trotzki hielt das für unvermeidlich. Auf dem 12. Parteitag sagte er:

„Es wäre äußerster Kleinmut von seiten der Arbeiterklasse im ganzen und ihrer Partei, wenn sie die Arbeitslosigkeit bemänteln, d. h. also eine überflüssige Menge von Arbeitern und Arbeiterinnen in den Fabriken halten würde, die nicht genügend oder nur halb beschäftigt wären usw.“

Im großen und ganzen geht die Arbeitslosigkeit in der UdSSR — im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern — nicht auf Kosten der Reduzierung der Arbeiter in der Produktion, sondern parallel mit dem Anwachsen der Zahl der Arbeiter in der Produktion überhaupt. Der Prozentsatz der Industriearbeiter unter den Arbeitslosen in der UdSSR ist sehr gering und wird mit jedem Jahre kleiner: im Januar 1925 betrug er 29,1 Prozent, im Oktober 1925 21,9 Prozent, im Mai 1927 16,2 Prozent.

Hauptquelle der Arbeitslosigkeit in der UdSSR ist die kolossale Uebervölkerung des russischen Dorfes, das in den Jahren 1925—1926 nicht weniger als 3,2 Millionen Bauern hinausgedrängt hat, die Verdienst suchten, und das dauernd eine große Anzahl von Bauern hinausdrängt, von denen sich etwa $\frac{1}{2}$ Million in der Stadt niedergelassen. Der wachsende Zustrom der Bauern nach der Stadt ist nicht das Produkt der neuen Sowjetökonomik, sondern das Produkt der von früher her ererbten Rückständigkeit des Dorfes, der Extensität der Wirtschaft, des Mangels an Arbeitsvolumen in derselben, und auch das Produkt der Verwüstung des Dorfes während des Welt- und Bürgerkrieges. Eine andere Ursache des gegenwärtigen Zustromes der Bauern nach den Städten liegt in der allmählichen Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und in der entsprechenden Steige-

rung der Anziehungskraft der Städte für die Bauern. Während des Bürgerkrieges und der allgemeinen Zerrüttung in der UdSSR zeigte sich ein stärkeres Abströmen der Arbeiter nach dem Dorf, jetzt aber vergrößert sich umgekehrt der Zuzug der Bauern nach der Stadt in steigendem Maße. Wie soll man diese Arbeitslosigkeit bekämpfen? Die Sowjetmacht bemüht sich nach Kräften, den Arbeitslosen zu Hilfe zu kommen. Im laufenden Wirtschaftsjahr ist für die Arbeitslosen eine Summe von 80 600 000 Rubel ausgeworfen. Das ist allerdings nur ein Palliativmittel. Die radikale Heilung der Arbeitslosigkeit in der UdSSR ist nur auf dem Wege der Intensivierung der Landwirtschaft möglich, auf dem Wege der Einführung technischer Kulturen, die das Arbeitsvolumen der Landwirtschaft vergrößern werden, indem sie zu gleicher Zeit eine ernste Basis für die Industrie und günstige Bedingungen zur Kollektivierung der Landwirtschaft schaffen. In dieser Richtung sind alle Anstrengungen der Sowjetmacht konzentriert, und in dieser Beziehung sind in der letzten Zeit schon einige gute Resultate zu verzeichnen. Im vorigen Wirtschaftsjahr mit seiner fehlerhaften Preispolitik zeigte sich eine Verringerung der technischen Kulturen um 8,4 Prozent. In diesem Jahre wurde dieser Fehler verbessert und als Resultat ergab sich eine Vermehrung der Ernte der technischen Kulturen um 18,7 Prozent. Im Fortschreiten auf diesem Wege kann man die Ueberschreitung der Krisenpunkte der Arbeitslosigkeit schon gegen Ende des nächsten Jahrfünfts erwarten.

V. Hebt sich im Sowjetdorf die Mittelwirtschaft, oder wird sie zerstört?

Mit der Arbeitslosenfrage steht die Frage der Umschichtung des Dorfes in Verbindung. In dieser Frage wünscht die Opposition keine schwarzen Farben. Die oppositionelle Plattform besagt:

„Die Differenzierung der Bauernschaft geht in einem ständig wachsenden Tempo weiter. Von der Losung ‚Bereichert euch!‘, vom Aufruf an den Kulak, ‚in den Sozialismus hineinzuwachsen‘, kam der führende Kern des ZK zum Verschweigen der Umschichtung der Bauern, zur Verkleinerung dieser Umschichtung einerseits, und zum praktischen Setzen auf den ‚kräftigen‘ Bauern andererseits!“

und der Oppositionär Safarow geht noch weiter:

„Die Zahlen schreien, schreien vom amerikanischen Tempo des Wachstums der begüterten Kulakenwirtschaft. Vermöge dieses wahnsinnigen Tempos, unter dessen Beihilfe, setzt sich der amerikanische Typus der Entwicklung des Agrarkapitalismus durch.“

Daß der Kulak im russischen Dorfe absolut (und nicht entsprechend) erstarkt und wächst, und daß ein hartnäckiger Kampf gegen ihn geführt werden muß, dies wiederholt die KPSU ständig und richtet ihre ökonomische Politik im Dorfe dementsprechend ein. Das aber, was die Opposition jetzt behauptet, ist eine unerhörte Verdrehung der ganzen Perspektive der ökonomischen Entwicklung des Sowjetdorfes, hinter der sich ein Abrücken von dem Leninschen Plan, die Massen der Mittelbauern durch die Genossenschaften in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen, verbirgt. In der Vorkriegszeit drückte sich die Umschichtung innerhalb des Dorfes im Anwachsen der äußersten Pole und in der Aufsaugung der Mittelschicht aus, wie z. B. aus der nachfolgenden Tabelle zu ersehen ist:

Die Umschichtung im Vorkriegsdorf.
(Die Daten beziehen sich auf das Gouvernement Taurien.)

Aufstellung der Höfe Jahre	ohne Pferd	mit 1 Pferd	mit 2 Pferden	mit 3 Pferden	mit 4 u. mehr Pf.	Im Ganzen
1903	36,9	6,7	22,4	9,2	24,8	100
1912	37,8	6,6	21,7	8,9	25,0	100

Welche Gruppen sich vergrößert +
und welche sich verkleinert - haben

+ - - - +

In der gegenwärtigen Zeit beobachten wir ein ganz anderes Bild: eine gleichmäßige Hebung der Wirtschaft sowohl des armen als auch des Mittelbauern und der Kulakenschicht. Der Kulak kräftigt sich auf Kosten eines bestimmten Teiles der Mittelbauernschicht, aber gleichzeitig kräftigt sich der Mittelbauer auf Kosten der Dorfarmut. Hier sind z. B. Daten aus dem Statistischen Nachschlagewerk der UdSSR vom Jahre 1927, herausgegeben vom ZSU.

Gruppierungen der Bauernwirtschaft nach den Saatgruppen in Prozenten.

Republiken	Ohne Saat- korn u. mit Saat bis zu 0,09 Deßjat.	Von 0,1 Deßj. bis 1,0 Deßj.	Von 1,1 Deßj. bis 2,0 Deßj.	Von 2,1 Deßj. bis 3,0 Deßj.	Von 3,1 Deßj. bis 4,0 Deßj.	Von 4,1 Deßj. bis 6,0 Deßj.	Von 6,1 Deßj. bis 8,0 Deßj.	Von 8,1 Deßj. bis 10,0 Deßj.	Von 10,1 Deßj. bis 16,0 Deßj.	Ueber 16,0 Deßj.
I. RSFSR										
1925	4,7	12,4	21,9	19,8	14,2	15,6	6,2	2,5	2,0	0,7
1926	4,5	11,6	20,5	19,9	14,8	16,2	6,5	2,8	2,4	0,8
II. USSR										
1925	4,5	10,2	21,1	19,6	13,6	15,0	7,0	3,7	4,0	1,3
1926	2,2	7,7	18,0	21,2	16,0	17,4	7,8	4,0	4,2	1,5

Diese Tabelle beweist die Verminderung der saatlosen und der über wenig Saat (bis 2 Deßjatinen) verfügenden Gruppen und das Anwachsen auf deren Kosten vornehmlich der mittleren Saatgruppen (von 2 bis 6 Deßjatinen).

Die Opposition antwortet auf diese unbestreitbaren Tatsachen mit der Behauptung, die Verringerung des Prozentsatzes der saatlosen und über wenig Saat verfügenden Gruppen erkläre sich hauptsächlich dadurch, daß diese Gruppen ruiniert und liquidiert werden. Hier sind aber z. B. die Daten der Zählungen aus allen Bezirken in West- und Ostsibirien:

Aussaat- Gruppen 1925	Anzahl der Wirtschaften im Jahre 1925 ohne organische Veränderungen	Von diesen waren im Jahre 1926 in den Gruppen: (In absoluten Ziffern)									
		Ohne Saat u. mit Saat bis 0,1 Deßj.	Von 0,1 Deßj. bis 1,0 "	Von 1,1 Deßj. bis 2,0 "	Von 2,1 Deßj. bis 3,0 "	Von 3,1 Deßj. bis 4,0 "	Von 4,1 Deßj. bis 6,0 "	Von 6,1 Deßj. bis 8,0 "	Von 8,1 Deßj. bis 10 "	Über 10 Deßj.	
1. Ohne Saat u. mit Saat bis 0,1 Deßj.	2088	1 406	447	146	51	17	11	6	2	2	
2. Von 0,1 bis 1,0	3 445	305	1 622	1 084	302	79	46	5	1	1	
3. " 1,1 " 2,0	4 298	61	358	1 687	1 300	583	254	42	6	7	
4. " 2,1 " 3,0	3 723	17	39	338	1 179	1 109	837	153	30	16	
5. " 3,1 " 4,0	2 747	6	11	43	316	767	1 188	310	69	37	
6. " 4,1 " 6,0	3 098	2	6	14	60	256	1 358	916	346	140	
7. " 6,1 " 8,0	2 578	1	—	3	11	20	183	511	346	1 503	
8. " 8,1 " 10	536	—	—	—	2	6	23	76	199	270	
9. Über 10	458	2	—	1	—	—	1	15	34	485	
Im Ganzen	22 971	1 800	2 483	3 316	3 221	2 837	3 901	2 039	993	2 381	

Diese Tabelle beweist, daß 22 971 Bauernwirtschaften im Jahre 1925 aus neun Gruppen nach Saatgrößen (bis 0,1 Deßjatine, von 0,1 bis 1,0 Deßjatinen usw.) bestanden und daß nach einem Jahre jede dieser Gruppen in Teile zerfiel. Bei einem Teil blieb der Umfang der Aussaat unverändert (die unterstrichenen Ziffern), bei einem anderen Teil verminderte er sich (verschob sich nach links), bei einem dritten Teil vermehrte er sich (verschob sich nach rechts). Dabei ergibt sich, daß bei jeder der neun Gruppen nach einem Jahre, d. h. im Jahre 1926, der Teil der Wirtschaften mit vermehrter Aussaat den Teil der Wirtschaften mit vermindelter Aussaat überholt. Dies bedeutet ein gleichmäßiges Ansteigen aller Gruppen.

Allerdings gibt der Maßstab der Anbaufläche im jetzigen Sowjetdorf an und für sich noch keine genügenden Angaben darüber, ob es sich bei der gegebenen Wirtschaft um eine Kulaken- oder um eine Dorfarmenwirtschaft handelt. Im Hinblick auf die gegenwärtigen Bedingungen der Sowjetwirtschaft und der beschränkten Mobilisierung des Bodens gibt der Umfang des Inventars schon einen etwas deutlicheren Fingerzeig. Aber auch hier zeigen die Ziffern in bezug auf das Inventar dieselbe Tendenz. Hier ist z. B. eine Tabelle, aus der sich die Versorgung der Wirtschaften mit Arbeitsvieh in Prozenten ergibt:

Gruppen der Wirtschaften	I. RSFSR			II. U S S R		
	1924	1925	1926	1924	1925	1926
Ohne Arbeitsvieh	31,0	30,6	30,4	46,4	46,3	45,1
Mit 1 St. Arbeitsvieh	51,4	52,3	50,2	34,6	31,0	35,7
" 2 " "	12,5	12,4	13,8	16,6	19,6	16,9
" 3 " "	3,1	2,9	3,5	0,9	1,9	1,0
" 4 " "	2,0	1,8	2,1	1,5	1,2	1,3

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß in der RSFSR innerhalb zweier Jahre der Prozentsatz der Bauernwirtschaften ohne Pferd und mit einem Pferd gesunken, der Prozentsatz der Bauernwirtschaften mit zwei Pferden aber sich besonders gehoben hat. In der Ukraine ist der Prozentsatz der Bauernwirtschaften ohne Pferd gesunken; der Prozentsatz der Wirtschaften mit einem und mit zwei Pferden ist gestiegen. Der Bestand an Hornvieh hat sich im jetzigen Sowjetdorf beträchtlich erhöht und übersteigt bereits das Vorkriegsniveau.

Wodurch wird diese eigenartige ökonomische Evolution im Sowjetdorf hervorgerufen? Durchaus nicht durch die elementare Tendenz der kleinen Warenwirtschaft. Die kleine Warenwirtschaft tendiert elementar zum Kapitalismus, und wenn im Sowjetdorf diese elementare Tendenz erfolgreich überwunden wird, so kann man das nur auf das Vorhandensein der Diktatur des Proletariats in der Sowjetrepublik und der entsprechenden ökonomischen Politik der Sowjetmacht, die auf die Verbesserung der Lage der Mittelbauern und der Dorfarmut, sowie auf die Bändigung des Kulaken gerichtet ist, zurückführen.

Auf dieses Ziel ist vor allem die Steuerpolitik der Sowjetmacht gerichtet. Die landwirtschaftliche Steuer basiert auf dem Prinzip der progressiven Besteuerung, entgegen der verleumderischen Behauptung der Opposition, daß der Bauer um so mehr zahle, je ärmer er ist. Von den ersten 20 Rubeln des Einkommens pro Kopf werden 2 Kopeken pro Rubel Steuern erhoben.

Nach dem Maße der Steigerung des Einkommens steigt auch der Steuersatz. Bei einem Einkommen, das 100 Rubel pro Kopf übersteigt, wird ein Viertel des Einkommens an Steuern erhoben. Im Wirtschaftsjahr 1926/1927 wurden sechs Millionen Wirtschaften bzw. 25 Prozent der Bauernhöfe von den Steuern befreit und an landwirtschaftlicher Steuer 305 Millionen Rubel erhoben. Im laufenden Wirtschaftsjahr erwartet man eine geringere Steuereinnahme, gegen 280 Mill. Rubel. Die Steuersumme sinkt gemäß den Vergünstigungen, die der Dorfarmut und den landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben gewährt werden. Die Steuerermäßigung wird vorgenommen bei allgemeiner Erhöhung der Einkünfte der Bauernschaft. Dabei verschließt sich die Sowjetmacht keineswegs einer weiteren Reformierung der Steuersätze in derselben Richtung. „Sie sind für uns keine Bibel“, sagte Genosse Rykow auf dem Plenum des ZK.

Dasselbe allgemeine Ziel verfolgt auch die Kreditpolitik der Sowjetmacht im Dorfe und die den Genossenschaften gewährte verstärkte Beihilfe. Daß die Vergenossenschaftlichung des Dorfes rasche Fortschritte macht, kann die Opposition nicht leugnen, aber die oppositionelle „Plattform der 15“ hat die Kühnheit, zu behaupten, daß die Genossenschaften den Kredit hauptsächlich ihren „kräftigsten“ Mitgliedern zukommen ließen, die die Rückzahlung der Darlehen garantieren. Den Armen kreditiere man nur auf Druck von oben oder zu Lasten der sogenannten „Armenfonds“. Daß solche Mißbräuche einzeln an verschiedenen Orten immer wieder vorkommen, unterliegt keinem Zweifel, und die Sowjetmacht bekämpft sie energisch, aber im allgemeinen gibt es selbstverständlich eine solche Tendenz nicht, kann es keine geben, angesichts der konsequenten Politik der Sowjetmacht, die auf die Verdrängung des Kulaken gerichtet ist. Davon kann man sich an Hand der folgenden Tabelle überzeugen:

In der RSFR gab es am 1. Oktober 1926, nach den Daten von 3652 Genossenschaften (von denen Berichte vorliegen), Bauernwirtschaften in Prozenten:

Gruppen der Wirtschaften	Unter sämtl. Bauernschaften	Unter den Genossenschaftsmitgliedern	Unter den Darlehennehmern	Prozentsatz der gewährten Darlehen
Ohne Saat und mit Saat bis zu 2 Deßj.	36,6	31,4	31,1	28,6
Ohne Pferde	30,4	21,6	19,7	20,8
Ohne Kühe	17,9	12,3	12,0	12,7

Diese Tabelle zeigt, daß die Anzahl der Dorfarmen in den Genossenschaften (Spalte 2) zur Zeit kleiner ist, als der Prozentsatz der Armen im ganzen Dorf (Spalte 1), d. h. daß die Dorfarmen verhältnismäßig noch nicht genügend vergenossenschaftet sind. Aber dieselbe Tabelle zeigt auch, daß die Kreditgewährung an die Armenschichten (Spalte 3 und 4) nur unbedeutend gegenüber ihrem spezifischen Gewicht in den landwirtschaftlich Kreditgenossenschaften zurücksteht.

In der Ukraine bleibt sowohl bei den Dorfarmen als auch bei den Kulaken der Anteil an der Totalsumme der Darlehen gegenüber ihrem Anteil an der Totalziffer der Genossenschaftsmitglieder zurück; der Anteil der Mittelbauern an den Darlehen überwiegt gegenüber ihrem Anteil an der Mitgliedschaft.

Gruppen d. Wirtschaft	Unter den Genossenschaftsmitgliedern	Anteil an der Totalsumme der Darlehen
Unbemittelte	52,6	47,9
Mittelbauern	42,7	48,8
Bemittelte u. a.	4,7	3,3
	100,0	100,0

In Weißrußland zeigen die Ziffern, daß der Landwirtschaftskredit sich immer mehr zugunsten der armen Bauern wendet.

Für die weißrussische SSR sind die Daten am 1. Oktober 1926 die folgenden (in Prozenten):

Gruppen der Wirtschaft	Unter sämtl. Bauernwirtschaft der Republik	Unter den Genossenschaftsmitgliedern	Unter den Kreditnehmern	Anteil an den Darlehen.
Ohne Saat und mit Saat bis zu 2 Deßj.	21,1	22,9	26,4	27,8
ohne Pferde	12,6	22,5	26,0	29,6
ohne Kühe	4,4	10,3	10,9	11,7

Hier ist der Prozentsatz der armen Bauern unter den Vergenossenschafteten höher als ihr spezifisches Gewicht innerhalb aller Bauern; der Prozentsatz der armen Kreditnehmer ist höher als der Prozentsatz der Armen unter allen Genossenschaftsmitgliedern, und der Prozentsatz ihres Anteils an der Totalsumme der Darlehen ist höher als ihr Prozentsatz unter den Darlehennehmern. Hier ist die ganze Genossenschaft ihrer ganzen Richtung nach eine der Dorfarmen.

Von der verbesserten Lage der Mittelbauern und der ärmeren Schichten spricht auch die politische Stimmung im heutigen Sowjetdorf. Wenn vor zwei Jahren die systematische Ermordung der Dorfkorrespondenten durch die Kulaken und das sich mehrende Gerede über die Notwendigkeit einer Organisation eines Bauernbundes von dem drohenden Anmarsch des Kulaken, sowie von seinem Einfluß im Dorfe Zeugnis ablegten, so sind jetzt diese Erscheinungen verschwunden. Das Bündnis zwischen den Mittelbauern und der Dorfarmut festigt sich. Dementsprechend hat die Sowjetmacht die Möglichkeit, den Druck auf den Kulaken noch mehr zu verstärken, ohne zu riskieren, daß sie ihre Stütze in der mittleren Bauernschaft verliert. Dahin steuert denn auch der Kurs der Sowjetmacht*.

VI. In welcher Richtung und in welchem Tempo verändert sich die Lage der Arbeiterklasse in der UdSSR?

Diese Frage ist natürlich die wichtigste und fundamentalste. Und hinsichtlich dieser Frage betreibt die Opposition die gewissenloseste Demagogie. In ihrer unterirdischen Plattform lesen wir:

„Der Reallohn ist im gegenwärtigen Jahr ungefähr auf dem Herbstniveau des Jahres 1925 stehen geblieben. . . . Das zahlenmäßige Anwachsen der Arbeiterklasse und die Verbesserung ihrer Lage ist zum Stillstand gekommen — bei fortschreitendem

* Dieser Aufsatz war schon geschrieben, als das Manifest erlassen wurde, in welchem verkündet wird, daß statt 25 35 Prozent der Bauern in Zukunft von den Steuern befreit werden, daß die Altersversorgung der Bauern auf Staatskosten geschehen wird und daß die mit der Bodenverteilung zusammenhängenden Arbeiten für die armen Bauern kostenlos durchgeführt werden.

und dabei sich beschleunigendem Wachstum ihrer Feinde, was unvermeidlich nicht nur zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter in der Fabrik führt, sondern auch zur Herabsetzung des spezifischen Gewichts des Proletariats in der Sowjetgesellschaft.“

Das ist eine unerhörte Lüge und eine Verleumdung der Sowjetmacht und der KPSU. Der Reallohn im III. Quartal des Wirtschaftsjahres 1926/27 hat bereits das Vorkriegsniveau überschritten und macht 107,2 Prozent aus im Vergleich zum Jahre 1913, wobei noch die verschiedenen Vergünstigungen nicht mitgerechnet sind. Wenn man den Arbeitslohn aber auf Grund der Aufstellung des neuen Arbeitsbudgets unter Einbeziehung des Wertes der kommunalen Leistungen und der nicht vom Arbeiter bezahlten Beiträge für die Sozialversicherung berechnet, so wird das Niveau des Arbeitslohnes im gegenwärtigen Moment im Vergleich zum Jahre 1913 nicht weniger als 116 bis 118 Prozent ausmachen, bei einem mittleren Arbeitstag in der Industrie von $7\frac{1}{2}$ Stunden. Der Arbeitslohn steigt von Jahr zu Jahr. In der Großindustrie beträgt der Monatslohn 54 Tschervonzen-Rubel im Wirtschaftsjahre 1925/26, 60,3 Rubel im Wirtschaftsjahre 1926/27 (Steigerung um 11,6 Prozent), im IV. Quartal des Jahres 1926/27 stieg der Arbeitslohn der Arbeiter in der Großindustrie nach vorläufigen Berechnungen auf 63,8 Rubel. Auch der Reallohn steigt von Jahr zu Jahr. Im Jahresdurchschnitt betrug er 1924/25 in Moskauer Index-Rubeln 25,19, 1925/26 28,57, 1926/27 31,9, was in bezug auf das Jahr 1924/25 für das Jahr 1925/26 113,4 Prozent und im Jahre 1926/27 126,7 Prozent ausmacht. Im Laufe der letzten zwei Jahre ist der Reallohn nur in zwei Quartalen des Jahres 1925/26 im Zusammenhang mit der Steigerung des Wertes des Musterbudgets etwas heruntergegangen, seitdem aber steigt er ununterbrochen.

Allerdings ist, als Auswirkung des Ueberganges von der Wiederherstellungsperiode zur Neuaufbauperiode, das Tempo der Arbeitslohnerhöhung gegenwärtig unvermeidlicherweise ein weniger rasches als in der vorhergehenden Wiederherstellungsperiode. Vom Jahre 1924 bis Mai 1927 hat sich der Reallohn, nach den Angaben der Zentralen Statistischen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates um 61,5 Prozent erhöht. Ein ähnliches Tempo des Wachstums ist in der Periode des Neuaufbaues unmöglich. Dennoch wird in der Zukunft ein ständiges Wachsen der Arbeitslöhne angenommen. In Uebereinstimmung mit den Kontrollziffern wird sich der Arbeitslohn im Jahre 1927/28 nominell um 6 Prozent und real um 12 Prozent erhöhen (bei einer vorausgesetzten Senkung des Budgetindex um 6—7 Prozent).

Die Opposition behauptet, das ZK der KPSU mache die Erhöhung des Arbeitslohnes mehr und mehr von der Erhöhung der Arbeitsintensität abhängig. Das ist nicht wahr. In Wirklichkeit verknüpft das ZK der KPSU die Erhöhung der Arbeitsintensität mit den organisatorisch-technischen Verbesserungen in der Produktion und mit der daraus resultierenden erhöhten Arbeitsproduktivität die Erhöhung des Arbeitslohnes. Faktisch ging das Wachstumstempo des Reallohnes in der UdSSR mit dem Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität parallel, ja es überschritt dieses letztere sogar: Wenn man die Tagesproduktion des Arbeiters und seinen Tagesverdienst im Wirtschaftsjahre 1922/23 mit 100 annimmt, so betrug sie in den ersten 8 Monaten des Jahres 1927 200 Prozent, und sein realer Tagelohn betrug 207,8 Prozent.

Die Opposition behauptet, daß das spezifische Gewicht des Proletariats in der UdSSR sich verringere, und was sagen die Tatsachen? Im Jahre 1923/24

betrug der Anteil des Einkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger am Nationaleinkommen 23,2 Prozent, im Jahre 1926/27 aber schon 29,8 Prozent.

Die Opposition erküht sich sogar, zu behaupten, daß der Arbeitstag in der UdSSR sich verlängere. Sie hat sich in der Adresse geirrt. In allen kapitalistischen Ländern wurde der Arbeitstag faktisch oder auf gesetzlichem Wege verlängert. Z. B. in dem der UdSSR benachbarten Polen steht die Sache nach dem Zeugnis der Arbeitsinspektorin Krabelska in dieser Hinsicht ungeheuerlich:

„In Lodz ist der achtstündige Arbeitstag abgeschafft. Daher werden die 24 Arbeitsstunden nicht in 3, sondern in zwei normale Arbeitsschichten zu je 12 Arbeitsstunden eingeteilt. Die zwölfstündige Schicht ist indes noch nicht der Rekord, da ein sechzehnstündiger pausenloser Arbeitstag vorkommt.“

In der UdSSR beobachtet man das entgegengesetzte Bild: hier gibt es sogar auch den Achtstundentag nicht mehr, da er nach und nach verkürzt wird*. Wir lassen hier eine sehr aufschlußreiche Tabelle nach den Angaben des Zentralen Statistischen Amtes folgen, die keinerlei Kommentar benötigt:

	1923	1924	1925	1926
Mittlere Dauer des Arbeitstages in Stunden	7,8	7,8	7,6	7,5
Darunter die Dauer der Ueberstunden	0,28	0,19	0,18	0,17
Prozentsatz der Ueberstunden leistenden Arbeiter	22,8	18,8	17,8	15,2
Zahl der Ueberstunden pro Arbeiter, der Ueberstunden leistete	26,6	22,0	21,5	17,9

Allerdings denkt niemand daran, abzustreiten, daß der Arbeitslohn in der UdSSR noch ein Bettel ist, obzwar er noch immer höher ist als beispielsweise in Polen, wo der reale Arbeitslohn im Vergleich zum Vorkriegsniveau nicht gestiegen, sondern gesunken ist, denn dort erhält ein Weber (in Lodz), in russischem Geld ausgedrückt, einen Durchschnittstageslohn im Betrage von 1 Rubel 40 Kopeken und ein Metallarbeiter (in Warschau) 1 Rubel 52 Kop., während in der UdSSR ein Arbeiter im Durchschnitt 2 Rubel 32 Kopeken pro Tag verdient. Es ist unbestreitbar, daß der Arbeitslohn in der UdSSR vorläufig noch sehr karg ist. Wenn der Arbeitstag in der UdSSR kürzer ist, als in allen kapitalistischen Ländern, so ist der Arbeitslohn hier noch bedeutend niedriger, als in den vorgeschrittenen kapitalistischen Industrieländern. Wichtig ist aber die Tendenz, und die Tendenz geht dahin, daß der Arbeitslohn in der UdSSR den Arbeitslohn in diesen Ländern erreichen und in nicht allzu ferner Zukunft überholen wird. Man beachte z. B. die Daten des Internationalen Arbeitsamtes betreffend die Bewegung des Arbeitslohnes in den letzten Jahren (wenn man den Arbeitslohn in London, im Juli des Jahres 1924, gleich 100 annimmt)**.

London: 1. VII. 1924: 100; 1. VII. 1925: 99; 1. VII. 1926: 102; 1. I. 1927: 99; 1. IV. 1927: 105.

Berlin: 1. VII. 1924: 55; 1. VII. 1925: 63; 1. VII. 1926: 70; 1. I. 1927: 66; 1. VI. 1927: 70.

Paris: 1. VII. 1924: 73; 1. I. 1925: 66; 1. IV. 1926: 61; 1. IV. 1927: 59.

Warschau: 1. VII. 1925: 49; 1. VII. 1926: 46; 1. IV. 1927: 40.

Was besagen diese Ziffern? Daß in London der Arbeitslohn sich mit Schwankungen ungefähr auf demselben Niveau hält, daß er in Berlin bis 1926 anstieg und nachher keine weitere Erhöhung mehr erfuhr, daß er in

* Das soeben veröffentlichte Manifest sieht den allmählichen Uebergang zum siebenstündigen Arbeitstag vor.

** Siehe: Revue internationale du travail. Juli 1927, S. 116.

Paris und Warschau gesunken ist. In der UdSSR hingegen erhöht er sich systematisch. Und das trotz der Tatsache, daß der Arbeitstag in der UdSSR kürzer wird, während er in den kapitalistischen Ländern überall länger wird.

VII. Was wollen die Oppositionellen?

Die Lage der Arbeiterklasse in der UdSSR bessert sich ständig, aber sie ist noch äußerst schwer. Das Lebensniveau der Arbeiter ist noch kümmerlich. Vor der Arbeiterklasse, vor der KPSU, vor der Sowjetmacht stehen in Verbindung damit und auch mit dem Uebergang zum Neuaufbau der Industrie, in Verbindung mit der drohenden Interventionsgefahr Fragen von ungeheurer Kompliziertheit. Es ist notwendig, die Arbeitslosigkeit und die äußerst große Wohnungsnot zu lindern. Es ist notwendig, den Transport und die Schwerindustrie, deren Wachstum gegenüber dem allgemeinen Wachstum der Industrie zurückgeblieben ist, zu heben. Es ist notwendig, den Warenhunger zu lindern, angesichts dessen, daß das Defizit der Industriewaren im laufenden Jahre noch 400 Millionen Rubel betragen wird. Es ist notwendig, die Selbstkosten der Produktion zu vermindern. Es ist notwendig, die Schwierigkeit bei der Verwirklichung des Export- und Importplanes zu beseitigen. Es ist notwendig, den Kampf gegen die kapitalistische Tendenz im Dorfe zu verstärken usw. Das Proletariat und die KPSU werden mit diesen Aufgaben fertig werden; sie sind schon mit viel schwierigeren Aufgaben fertig geworden. Aber um mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden, ist eine ungeheure Energieanspannung nötig; es ist die feste Ueberzeugung, daß wir trotz allem vorwärtsgehen, nötig.

Unter solchen Umständen nun zeichnet die Opposition vor dem russischen Proletariat ein Bild des ökonomischen Stillstandes der UdSSR, der allseitigen Verschlimmerung der Lage der Arbeiterklasse in der UdSSR und der politischen Entartung ihrer Partei (Thermidor). Wenn die Verleumdungen, die von der Opposition verbreitet werden, in den Arbeitermassen einen Widerhall fänden, würden die russischen Arbeiter in der Sache des sozialistischen Aufbaues die Hände sinken lassen; in den kapitalistischen Ländern würden die Arbeiter in der Sache der Verteidigung der Sowjetrepublik vor der ihr drohenden Intervention die Hände sinken lassen. Und was haben die bankrotten Führer der Opposition zur „Rettung“ der Sowjetmacht zu bieten? Nichts, außer ihrer Hysterie und Demagogie.

Das gegenwärtige Tempo der industriellen Entwicklung befriedigt sie nicht. Sie fordern die „Ueberindustrialisierung“, um rasch das spezifische Gewicht und das Tempo der Entwicklung der nationalisierten Industrie zu heben, um rasch das Lebensniveau und das spezifische Gewicht der Arbeiterklasse und der Dorfarmut zu heben, um rasch eine neue technische Basis für die Bauernwirtschaft herbeizuschaffen und auf diese Weise eine rasche Umwandlung der bäuerlichen Kleinwirtschaft in eine Kollektivwirtschaft zu ermöglichen. Alles das wäre nicht übel, es sind das sehr gute Wünsche, und niemand würde sich selbstverständlich dem widersetzen. Aber welches sind denn ihre Wege und Mittel, um das zu erreichen? Welches Allheilmittel besitzen sie?

Am Anfang schlugen sie vor, die Kapitalien aus den Genossenschaften in die Industrie hinüberzupumpen. Die Partei hat das verworfen, denn das

würde bedeuten, die Genossenschaften mit Haut und Haar den Kulaken auszuliefern und auf den Leninschen Plan der Einbeziehung der Bauernschaft in den sozialistischen Aufbau auf dem Wege der Genossenschaften zu verzichten. Nachdem sie sich dann überzeugt hatten, daß der Leninsche Plan der Vergenossenschaftung des Dorfes mit Erfolg durchgeführt wird (was sie indessen nicht offen zugeben), zogen sie diesen Vorschlag zurück.

Die Opposition (Preobraschenski, Smilga, Smirnow) schlug mehrmalig, vom Jahre 1924 an, vor, im Interesse der „Ueberindustrialisierung“ die Fabrikpreise für Industrieartikel zu erhöhen. Die Partei hat das verworfen, denn dies hätte zur Zerstörung der Smytschka zwischen dem Proletariat und dem Bauerntum, zur Spaltung zwischen ihnen geführt. Darüber schweigt die Mehrheit der Opposition nun schon ganz bescheiden. Nur die „Plattform der 15“ (der „linke“ Flügel der Opposition!) beharrt noch darauf, die Mehrheit verleugnet das in Worten, wenn auch unaufrichtig, wenn auch mit dem Ziel, damit zu „manövrieren“, wie das aus einem Brief eines Oppositionellen, der vom Genossen Rykow auf dem letzten Plenum des ZK verlesen wurde, zu ersehen ist.

Um der „Ueberindustrialisierung“ willen stellte Genosse Pjatakow auf dem letzten Plenum des ZK eine neue These auf:

„Der Kurs auf einen sich selbst genügenden Sozialismus in einem Lande, auf einen Sozialismus, der verpflichtet ist, in kurzer Zeit alles selbst zu erzeugen, vermindert die Kapitalaufwendungen, schwächt das Tempo und beeinträchtigt die Smytschka.“

Diese These geht logisch aus der genialen Theorie des Genossen Trotzki hervor, daß die Sowjetwirtschaft ein organischer Teil der kapitalistischen Weltwirtschaft sei. Diese These hätte einen Sinn nur unter der Bedingung der Einstellung des Kampfes zwischen der Sowjetwirtschaft und der kapitalistischen Weltwirtschaft, unter der Bedingung, daß sich zwischen diesen beiden Wirtschaftsweisen eine Harmonie herstellen lasse, auf Grund einer möglichst vorteilhaften Arbeitsteilung. Diese These hätte praktisch zum Verzicht der UdSSR auf eigenen Maschinenbau führen müssen; denn es ist vorteilhafter, Maschinen in Ländern zu erzeugen, die an Kohle und Eisen reicher sind! Diese These würde endlich den Verzicht der UdSSR auf die Vergrößerung der Selbstverteidigung bedeuten, und es ist klar, daß sich in der KPSU kein einziger Dummkopf finden würde, der solche Vorschläge ernst nehmen könnte.

Bezüglich der „Ueberindustrialisierung“ hat die Opposition ein neues Amerika entdeckt: daß es nötig sei, die Nepleute stärker zu besteuern. Als ob das nicht sowieso geschähe! Als ob es ihr unbekannt wäre, daß die Einkommensteuer der Privatunternehmer nach den neuen Sätzen von 31 auf 40 Prozent und mit den Ortsumlagen von 38,5 auf 57,5 Prozent vom Einkommen festgesetzt wurde. Als ob ihr unbekannt wäre, daß im Vorjahre die Besteuerung der Privatunternehmer um 40 Prozent erhöht wurde gegenüber dem, was er im Jahre 1925 zu zahlen hatte, als Genosse Kamenew am Ruder der Wirtschaft stand.

Um den Kurs auf die „Ueberindustrialisierung“ zu nehmen, schlagen die Oppositionellen vor, den Bauern auf dem Wege einer Zwangsanleihe einen beträchtlichen Teil ihres Getreidevorrates wegzunehmen, der jetzt auf 600 bis 700 Millionen Pud berechnet wird und der angeblich vorwiegend in den Händen der Kulaken konzentriert ist. Genosse Rykow hat schon auf dem

Plenum des ZK darauf hingewiesen, wie unsinnig dieser Plan ist. Nach den Berechnungen der Statistiker (Lossizki) befinden sich gegenwärtig vier Fünftel dieses Vorrats in den Händen der mittleren und teilweise sogar der armen Bauern, und Genosse Gromann hat statistisch nachgewiesen, daß sich die größten Getreidevorräte pro Kopf der Bevölkerung gegenwärtig in solchen Bezirken wie mittlere und untere Wolga und in der Krim befinden, wo die Bauern im Jahre 1921 eine schreckliche Hungersnot durchmachten, daß sich die kleinsten Vorräte im getreidereichen Sibirien befinden, daß diese Vorräte somit eine Reserve für den Fall von Mißernten darstellen. Man versuche es nur, den Bauern diese sie vor dem Hunger sichernde Reserve wegzunehmen!

Die Oppositionellen, die hilflos hin- und herschwanken, fordern einerseits einen verstärkten Druck auf das Dorf, andererseits schlugen sie in Person des Genossen Muralow im Frühjahr plötzlich vor, daß die Getreidepreise auf das Niveau der Wiederherstellungsperiode gebracht, d. h. also erhöht werden sollen. Und ein solcher Vorschlag wird in dem Moment gemacht, wo die Partei ungeheure Anstrengungen macht, um die große Nachfrage nach Industriewaren zu befriedigen, die durch die Kaufkraft des Dorfes hervorgerufen worden ist! Und diese Maßnahme, die sofort auf die Arbeiterklasse zurückgewirkt hätte, wird von jenen Genossen vorgeschlagen, die die Partei verleumderisch beschuldigen, daß sie nicht genügend für die Erhöhung des Reallohnes des Arbeiters Sorge.

Ganz vergeblich würden wir in den praktischen Vorschlägen der Opposition irgendeine Linie suchen. Ihre in aller Eile zusammengezimmerter praktische Plattform ist eine klägliche Krautsuppe aus gegenseitigen Widersprüchen und hilflosen, offenkundig demagogischen oder tief opportunistischen Vorschlägen. Und mit diesem Gepäck treten sie der Partei kriegerisch entgegen, sie untergraben die Partei, verleumden sie systematisch, bemühen sich, sie zu desorganisieren und versuchen, innerhalb der Partei die Basis für eine neue trotzkistische Partei zu schaffen, im Bündnis mit den Renegaten Maslow und Souvarine! Die Opposition zieht nicht in Betracht, daß die KPSU seit dem Jahre 1917 außerordentlich gewachsen ist und sich gekräftigt hat, daß die Spekulation auf die ehemaligen Verdienste ihrer Führer eine hoffnungslose Sache ist. Man braucht nicht viel Scharfsinn, um vorauszusehen, daß sie sich den politischen Tod vorbereitet.

CHRISTO KABAKTSCHIJEW:
DER SEPTEMBERAUFSTAND IN BULGARIEN
(ZUM 4. JAHRESTAG DES AUFSTANDES)

3.

Der Septemberaufstand bildete die nächste Etappe in dem Kampf, den die Bauern schon am 9. Juli gegen den Umsturz begonnen hatten. Wir werden daher die Ereignisse, die in dem Zeitabschnitt zwischen dem 9. Juni und dem Septemberaufstand liegen, kurz schildern.

In vielen Provinzorten beantworteten die Bauern den Umsturz vom 9. Juni mit einem bewaffneten Aufstand. In der Stadt Tatar-Pasardschik wurde der Aufstand von dem Ministerpräsidenten der Bauernbundregierung, Alexander Stambolijski selbst geleitet, in Radomir von dem Vorsitzenden des Bauernbündlerparlaments Alexander Botew, in Plewna vom Bauernbündler-Minister Obow. In einigen Orten stellten sich die kommunistischen Organisationen an die Spitze der aufständischen Bauern, so z. B. in Karlowo und Kalofer. In Plewna übergaben die Kommunisten den Arbeitern Waffen, damit sie sich den aufständischen Bauern, die die Stadt belagerten, anschließen könnten. Dieser Bauernaufstand wurde aber im Blut erstickt, erstens weil die Bauernbundregierung die Bauern für den Aufstand nicht vorbereitet hatte (sie fürchtet sich, sie zu bewaffnen) und keine Zeit hatte, dem Umsturz eine organisierte Bauernmasse entgegenzustellen, zweitens, weil die Kommunistische Partei passiv geblieben war und es unterließ, die Massen der städtischen Bevölkerung zur Unterstützung der aufständischen Bauern zu bewegen.

Das ZK der KPB veröffentlichte einen Aufruf, der der Partei die Politik der Zurückhaltung und Nichteinmischung in den bewaffneten Kampf empfahl, und sandte gleichzeitig an die Parteiorganisation eine geheime Instruktion, die besagte, daß die Organisationen sich für den Fall einer Weiterentwicklung der Ereignisse zur Ausführung einer anderen Parole des ZK bereitmachen sollen. Diese Anordnung des ZK konnte jedoch keine praktische Bedeutung bekommen, nachdem das ZK durch seinen Aufruf selbst die Entfaltung des Bürgerkrieges paralyisiert hatte. Die kommunistische Partei hätte in dem damaligen Augenblick dem Teilaufstand der Bauern, die sich zum Schutz der Bauernbundregierung erhoben, einen wuchtigen Antrieb geben können, auch hätte sie die städtischen Massen der Werktätigen mit hinreißen können, wofür die Aufstände in Plewna, Karlowo, Kalofer usw. als Beweis dienen. Das ZK nahm aber dem Bürgerkrieg gegenüber eine doktrinäre und opportunistische Stellung ein; es erkannte nicht, daß unter den gegebenen Umständen der Umsturz unbedingt einen Bauernaufstand zur Folge haben mußte, und daß die kommunistische Partei selbst, als Massenpartei der Arbeiter und besitzlosen Bauern, wenn sie die Massen zum Aufruhr gebracht und sich kühn und entschlossen in den bewaffneten Kampf gegen die Bourgeoisie gestürzt hätte, daß sie dann zum mächtigen Faktor für die Entwicklung des Bürgerkrieges werden mußte.

Das ZK tat nichts. Im Gegenteil, eines seiner Mitglieder, der Sekretär der Partei Todor Lukanow, gab eigenmächtig den telegraphischen Befehl nach Plewno, man solle den dort begonnenen Aufstand abbrechen, und das ZK war nicht beherzt genug, diese eigenmächtige Tat seines Sekretärs zu desavouieren und den in Plewno begonnenen Aufstand zum Anlaß zu nehmen, um der Partei eine neue Losung zum allgemeinen Aufstand im ganzen Lande zu geben.

Der Bauernaufstand am 9. Juni und in den darauffolgenden Tagen, der von dem Bauernbund und der Bauernbundregierung nicht vorbereitet war und von ihnen nicht geleitet werden konnte, war schon erwürgt zur Zeit, als das ZK die Ansicht des EKKI erfuhr — es sei notwendig, sich am Aufstand zu beteiligen — „auch mit Stambolijski“.

Dort, wo die Kommunisten sich am Aufstand beteiligten, rechnete die faschistische Regierung mit ihnen ebenso grausam wie mit den aufständischen Bauern ab: Erschießungen, Massenverhaftungen, Folterungen, Gerichtsprozesse, die mit Todesurteilen und langjährigen Kerkerstrafen endeten, folgten einander. Die faschistische Regierung unternahm aber gleich nach dem 9. Juni auch eine allgemeine Hetze gegen die Kommunistische Partei im ganzen Lande: In vielen Orten wurden die Parteiklubs geschlossen, die Parteipresse konfisziert, die Versammlungen verboten, es setzten Verhaftungen, Folterungen, Ermordungen ein. Die Regierung war eifrig damit beschäftigt, den zweiten Stoß gegen die Kommunistische Partei vorzubereiten: die noch in der Armee verbliebenen unzuverlässigen Offiziere wurden entfernt und durch andere ersetzt, die Polizei wurde verstärkt und ihr Bestand ebenfalls erneuert, die Wrangel-Leute, die makedonischen „Autonomisten“ und die faschistischen Organisationen, die alle insgeheim sich an der Vorbereitung des Umsturzes und an dem Umsturz selbst beteiligt hatten, wurden öffentlich mobilisiert. Im ganzen Lande wurden militärische Vorbereitungen getroffen.

Alle diese Vorbereitungen waren offen gegen die Kommunistische Partei gerichtet. Das ZK beschloß, die KPB solle ihre Kräfte sammeln, um den drohenden Schlag abzuwehren. Das blutige Gericht der faschistischen Regierung in den Junitagen konnte den Aufruhr in den breiten Bauernmassen nicht ersticken; im Gegenteil, das Rachegefühl gegen die Mörder des Bauernführers Stambolijski und Tausender aufständischer Bauern steigerte sich, und die Massen bereiteten sich zu einem entscheidenden Kampf vor, der die Usurpatorenregierung stürzen sollte. Die immer heftiger werdenden Verfolgungen der Bauern und Kommunisten im ganzen Lande wirkten wie Oel aufs Feuer, und alles wies darauf hin, daß ein Aufstand unvermeidlich war.

Das ZK begriff das und traf in der Partei Vorbereitungen zum nahenden bewaffneten Kampf. Im Juli befahl das ZK den Parteiorganisationen, sich mit bewaffneter Hand gegen die Ueberfälle der Faschisten, „Autonomisten“ und „Wrangelisten“ zu wehren, Zusammenstöße mit der Polizei und dem Militär aber zu vermeiden. Im August, nachdem die Regierung offen gegen die Partei zu rüsten begann, bereitete sich auch das ZK seinerseits zur Verteidigung der Partei gegen die durch die Regierung geplante Zertrümmerung vor. Die Massen spürten, was der Kommunistischen Partei drohte, sie erkannten, daß der Schlag gegen sie selbst gerichtet war und waren bereit,

aus allen Kräften Widerstand zu leisten. In diesem Augenblick übernahm das ZK die Leitung der politischen und militär-technischen Vorbereitungen zu dem herannahenden Aufstand. In dieser Weise gelang es dem ZK, die ganze Partei wieder um sich zu vereinigen und seine Autorität, die am 9. Juni beträchtlich gelitten hatte, in bedeutendem Maße wieder herzustellen. Der endgültige Beschluß des bewaffneten Aufstandes wurde aber von dem ZK unter Mitwirkung und nach dem Vorschlag von Genossen W. Kolarow erst im August gefaßt, nachdem man nicht bezweifeln konnte, daß die Regierung sich zur endgültigen Zertrümmerung der bewaffneten Kräfte der Kommunistischen Partei, der ihr folgenden, nach Hunderttausenden zählenden Massen und der ganzen revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung vorbereitet hatte. Nachdem am 12. September Massenverhaftungen stattfanden, nachdem viele Tausende von Bauern in die Wälder geflüchtet waren, nachdem in vielen Dörfern der Aufstand schon entbrannt war, bestimmte das ZK den 23. September als den Tag des allgemeinen Aufstandes.

4.

Die am 9. Juni entstandene Regierung der Großkapitalisten, Bankiers und Spekulanten, die von Generälen und Professoren geführt wurde, hatte keinerlei Rückhalt in den Volksmassen. Sie vollbrachte den Umsturz mit Hilfe der Offiziersliga und des Söldnerheeres, mit Hilfe der „Autonomisten“, der Wrangelisten (russische Weißgardisten) und mit Unterstützung der imperialistischen Regierungen Italiens und Englands. England sandte am 9. Juni Kriegsschiffe nach den bulgarischen Häfen, und als Südslawien einige Divisionen an der bulgarischen Grenze mobilisierte, um seinem Bundesgenossen Stambolijski zu helfen, erfolgte seitens Englands der ultimative Rat, sich nicht einzumischen. Auch heute noch wird das Regime vom 9. Juni außer durch die Großbourgeoisie nur durch die Armee, die Polizei, die faschistischen Organisationen und durch die Unterstützung Italiens und Englands aufrechterhalten. Diese beiden Länder unterstützten die Regierung nicht nur diplomatisch, sondern auch finanziell und militärisch: England gewährte eine Anleihe und Italien lieferte die Waffen.

Die faschistische Regierung, die jeglicher Unterstützung und jeglichen Vertrauens seitens der Volksmassen entbehrte, konnte sich angesichts des unverminderten Einflusses der Kommunistischen Partei nicht entschließen, Parlamentswahlen festzusetzen und ihre Macht, die sie durch Verschwörung und Umsturz ergriffen hatte, zu „legalisieren“. Die Regierung wußte, daß die KPB während der Wahlen nicht nur ihre Anhänger, sondern auch die zerstreuten, aber nicht gebrochenen Kräfte des Bauernbundes um sich vereinigen würde. Im ganzen wußte sie, daß ihre Macht nur dann gesichert und gekräftigt werden konnte, wenn die Kommunistische Partei zerstört sein würde. Und sie beschloß, den tödlichen Schlag auf sie niedersausen zu lassen.

Am 12. September 1923 wurde von der Regierung ein offener allgemeiner Aufmarsch gegen die KPB in Gang gesetzt. Ueber 4000 Kommunisten wurden verhaftet, alle Arbeiterklubs geschlossen, die kommunistische Arbeiterpresse verboten usw. Auf diese freche Provokation antworteten die Massen mit einem Aufstand, deren Leitung die Kommunistische Partei übernahm.

Der September-Aufstand war ein Massenaufstand. Die Bauern und die Arbeiter einiger Distrikte — des Starosagorskij-, Wrazanskij-, Widdinskij-, Lomskij-Distrikts — erhoben sich. Außerdem wurden die Arbeiter und Bauern in vielen Bezirken und Dutzenden von Dörfern aufständisch. In den obengenannten Distrikten wurde die ganze Masse der Werktätigen (außer in einigen Städten — Widdin, Wratza u. a. —) von der Bewegung mitgerissen; schon in dem Wratza-Distrikt allein sammelten sich unter dem Banner der revolutionären Scharen mehr als 20 000 Aufständische. Leider aber war nur ein geringer Teil davon bewaffnet.

Der September-Aufstand war vorwiegend ein Bauernaufstand, ein Aufstand der landlosen und wirtschaftlich schwachen Bauern. Das städtische Proletariat schloß sich im September nur teilweise dem Aufstand an. Darin lag die Hauptschwäche des September-Aufstandes, darin bestand die Hauptursache seiner Niederlage. Warum die städtischen Arbeiter die Bewegung nicht mit ihrer ganzen Masse unterstützten, werden wir weiter unten sehen. Der Schlag des 9. Juni war unmittelbar gegen die Bauern und ihre Regierung gerichtet. Der Terror der Juni-Regierung tobte sich in seiner vollen Kraft hauptsächlich gegenüber den Bauern aus. Die Bauern spürten am empfindlichsten die Folgen des 9.-Juni-Umsturzes, sie wurden auch als erste mit der alten Feindschaft zwischen der Kommunistischen Partei und dem Bauernbund fertig und vereinigten sich mit den Kommunisten im Kampf gegen ihren tödlichen Hauptfeind — die Bourgeoisie.

In den Städten befestigte sich die Regierung vom 9. Juni rascher als in den Dörfern. In den Dörfern war die Regierung nicht imstande, sogleich die aktivsten Elemente unter den Bauern zu verhaften. Die verfolgten Bauern konnten sich vor den Verhaftungen retten; Hunderte flüchteten in die Wälder. In einigen Dörfern begann der Aufstand am 12. September, wo noch Verhaftungen stattfanden. Von diesem Tage an griff der Aufstand immer mehr um sich, und am 19. stand der ganze Starosagorskij-Distrikt in Aufruhr. Hätte die KPB nicht die Leitung des Aufstandes übernommen, um die Kräfte zu vereinigen und seine Ziele zu bestimmen, so wäre der Aufstand doch entbrannt, und dann hätte sein Zusammenbruch für die Kommunistische Partei fatale, verderbliche Folgen gehabt. Hätte die KPB auch im September es abgelehnt, die Organisierung und Leitung des Aufstandes zu übernehmen, dann hätten die Massen jegliches Vertrauen ihr gegenüber verloren — die Partei wäre bestimmt ihrer eigenen Zersetzung entgegengegangen, und für viele Jahre hätte sie die Rolle der Führerin in dem revolutionären Kampf des bulgarischen Proletariats verloren.

Die Kommunistische Partei setzte in dem September-Aufstand als Endziel den Sturz der faschistischen Regierung, die Ergreifung der Macht durch die Arbeiter und Bauern und die Aufrichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Ihr Aufruf zur Einheitsfront mit dem Bauernbund während des Aufstandes wurde von den Bauern mit Enthusiasmus aufgenommen. In den revolutionären Kriegskomitees, die an der Spitze der Bewegung standen, waren die Vertreter der örtlichen kommunistischen und Bauernbundorganisationen beteiligt. Die Kommunisten und die Bauernbündler kämpften mit Begeisterung; Seite an Seite vergossen sie ihr Blut auch später, als die grausamen Regierungsbanden Massenmorde an den wehrlosen Bauern und

Arbeitern verübten. In dieser Weise wurde ihre Einheitsfront zusammengeschweißt, und auch heute ist die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern bei den werktätigen Massen in den Städten und Dörfern Bulgariens die populärste politische Losung.

Wir werden hier uns mit der Schilderung der Führung des Aufstandes und der heroischen Kampfetappen, die die aufständischen Arbeiter und Bauern Bulgariens im September 1923 durchgemacht haben, nicht aufhalten. Der September-Aufstand wartet auf seinen Historiker. Seine Geschichte muß unverzüglich geschrieben werden, nicht nur aus dem Grunde, weil die Partei ihre Pflicht gegenüber den zahllosen Opfern, die heldenhaft in dem ungleichen Kampf gegen die Bourgeoisie erlagen, erfüllen muß. Der September-Aufstand eröffnete eine neue Aera in der revolutionären Bewegung des bulgarischen Proletariats, er warf ein helles Licht auf die Zukunft dieser Bewegung. Aus der Geschichte dieses ersten revolutionären Massenaufstandes der Arbeiter und Bauern in Bulgarien und auf dem Balkan kann die bulgarische Kommunistische Partei ebenso wie die kommunistischen Parteien aller Balkanstaaten und in aller Welt wertvolle Lehren ziehen.

Wir müssen hier aber einige eigentümliche Momente des September-Aufstandes erwähnen. Es war ein richtiger Massenaufstand; überall wo er entbrannte, riß er die ganze Masse der Werktätigen mit sich, die ihn begeistert führten und ihre Bereitwilligkeit zum Kampf und zu Opfern offenbarten. Die Bourgeoisie war in den aufständischen Gegenden vollkommen isoliert. Das Häufchen Großgrundbesitzer, Händler, Kapitalisten und treuer Bürokraten konnte allein dem Aufstand nicht widerstehen. Es entfaltete seine Aktivität später, nachdem die Armee und die bewaffneten Banden der Regierung die Aufständischen besiegt hatte und dann entsprechend den Denunziationen zum Massenmord an den wehrlosen Bauern und Arbeitern überging — so rechneten sie mit dem Volke ab, das sich keinen einzigen Mord, keine einzige Willkür mit den von ihm verhafteten Ausbeutern und Gegnern erlaubt hatte.

Die aufständischen Massen brachten ihrer Führerin — der Kommunistischen Partei — volles Vertrauen entgegen. Die Partei verstand es, sofort die Lage zu beherrschen, in den Massen der Aufständischen eine Organisation und Disziplin einzuführen und die Bewegung entschlossen und kühn vorwärts zu treiben. In wenigen Stunden waren die Aufständischen bewaffnet, sofern die Waffen ausreichten; die Bourgeoisie war entwaffnet; in ein bis zwei Tagen wurde die Aufstandsfront und ihre Arriergarde organisiert, ebenfalls die Intendantur und der Sanitätsdienst. Den Aufständischen fielen die Kassen, Staatsbanken und andere Aemter in die Hände, die Millionen bargen. Ein geringer Teil davon wurde dazu verwendet, der Bevölkerung die für die Aufständischen requirierten Lebensmittel zu bezahlen. Kein Pfennig von diesen Mitteln wurde aber gestohlen.

Die aufständischen Arbeiter und Bauern zeigten in den Kämpfen eine beispiellose Opferbereitschaft. Fast mit bloßen Händen, äußerst schlecht bewaffnet, griffen die Aufständischen die Positionen der Regierungstruppen an und nahmen ihnen unter dem Feuer der Infanterie, Artillerie und Maschinengewehre, Geschütze, Maschinengewehre und andere Waffen ab.

5.

Warum endete der September-Aufstand mit einer Niederlage? Wir werden einige wichtige Gründe dafür schildern.

Die falsche Politik der Bauernbundregierung der Arbeiterklasse gegenüber und der von der Kommunistischen Partei am 9. Juni begangene taktische Fehler erleichterten der Bourgeoisie die Möglichkeit, die Arbeiter und Bauern voneinander zu trennen und sie einzeln zu schlagen. Nach dem Sturz der Bauernbundregierung und der Zertrümmerung des Bauernbundes am 9. Juni stand die Kommunistische Partei ganz allein dem bürgerlichen Block gegenüber, der die ergriffene Macht für die Organisation, Rüstung und Vorbereitung eines neuen Angriffs gegen die Kommunistische Partei selbst ausnützte. Durch ihren Sieg im Juni sicherte sich die Bourgeoisie schon halbwegs ihren Sieg im September.

Die schwache Seite des September-Aufstandes bestand hauptsächlich in der Passivität der Städte. Im allgemeinen, von einigen Ausnahmen abgesehen, beteiligten sich die Städte an dem Aufstand nicht. Die 9.-Juni-Taktik des ZK verringerte das Vertrauen in den Arbeitermassen, und auch die Autorität des ZK litt darunter beträchtlich. Der Aufruf zum Handeln, der am 9. Juni in den meisten Städten einen lebhaften Widerhall gefunden hatte, wurde im September von den führenden Parteiorganisationen und dem größten Teil der Arbeitermassen mit Apathie und Enttäuschung aufgenommen. Die opportunistische Passivität der führenden Parteiorganisationen, die in den Städten im September herrschte, ist durch dieselben Ursachen begründet, die die opportunistische Passivität des ZK im Juni erklären. Die Beteiligung der Städte am Aufstand war auch durch die Maßnahmen der Regierung paralytisch, die nach dem 9. Juni in erster Linie ihre Positionen in den städtischen Zentren festigte, die Polizei organisierte und verstärkte, die Armee vergrößerte und ihr ein zuverlässiges Korpskommando gab, ihre faschistischen Organisationen von makedonischen „Autonomisten“, Wrangel-Leuten u. a. mobilisierte. Durch die Massenverhaftungen am 12. September verlor die Kommunistische Partei ihre führenden Kreise, und auch ihre Organisationen in den Städten kamen in Verwirrung.

Die Nichtbeteiligung der Städte an dem Aufstand entzog ihm seine natürlichen vereinigenden und leitenden Zentren und ebenso den aufständischen Bauernmassen die Möglichkeit, sich zu bewaffnen. Die Städte bilden ja die Zentren der Transport- und Verkehrsmittel, auch die militärischen Kräfte der Bourgeoisie und ihre Waffen sind dort konzentriert. Aus diesem Grunde wäre die Beteiligung der städtischen Arbeitermassen an dem Aufstand für sein siegreiches Ende ausschlaggebend gewesen. Indem die Kommunistische Partei es nicht fertigbrachte, die Städte zur Beteiligung am Aufstand vorzubereiten und zu bewegen, überließ sie die wichtigsten Positionen den Händen ihres Feindes, der Bourgeoisie.

Der zweite Grund, der die Niederlage des September-Aufstandes bedingte, bestand in seiner mangelhaften Organisation und ungenügenden technisch-militärischen Vorbereitung. Der Aufstand wurde durch den 9.-Juni-Umsturz provoziert, wie durch die ganze Politik der faschistischen Regierung den Arbeitern und Bauern gegenüber und besonders gegenüber der Kommunistischen Partei. Der Beginn des Aufstandes wurde nicht durch die Partei, sondern durch ihren Gegner, die Regierung, bestimmt. Gleich nach dem

9. Juni, wo es klar wurde, daß die Bourgeoisie einen Angriff gegen die KPB vorbereitete, und daß die KPB genötigt sein würde, den bewaffneten Kampf aufzunehmen, traf die Partei ihre Vorbereitungen. Nachdem man praktisch nachgeprüft hatte, was bis dahin auf dem Gebiet der Gründung illegaler Organisationen, Druckereien, Verbindungsmöglichkeiten usw. und besonders auf dem militärischen und technischen Gebiet geleistet worden war, stellte sich heraus, daß die Partei noch viel zu schlecht gerüstet war. Das ist ein Beweis dafür, daß die KPB, obwohl sie sich zum Umsturz vorbereitete, doch die Möglichkeit eines bewaffneten Kampfes nicht in vollem Maß und konkret genug aufgefaßt hatte. Erst die Erfolge der Bourgeoisie, die den Umsturz ganz konspirativ vorbereitet und mit bewaffneten Kräften durchgeführt hatte und die unmittelbare Gefahr für die KPB selbst bewiesen ihr, wie notwendig eine konspirative und technisch-militärische Vorbereitung zum Aufstand sei, und erst dann begann sie eifrig in dieser Richtung zu arbeiten.

Im Gegensatz zur KPB verstand es die Bourgeoisie, ihre Lage nach dem Umsturz zur raschen Organisation und Rüstung auszunützen. Die Verbindungen der KPB mit der Armee, soweit sie während der Bauernbundregierung vorhanden waren, wurden durch die neue Regierung, die Umstellung der Armeeteile und die Erneuerung des Korpskommandos zerstört. Infolge der Passivität der Städte und des mangelhaften Kontakts mit der Armee mußten die Aufständischen die zwei Hauptquellen der Rüstung entbehren, mit denen man bei jedem Aufstand zu rechnen hat, nämlich die Inbesitznahme der Arsenale, um die Massen bewaffnen zu können und den Uebergang eines Teils der Armee auf die Seite der Aufständischen.

Die Niederlage des September-Aufstandes ist schließlich auch damit zu erklären, daß er ausbrach, bevor die Einheitsfront der KPB und des Bauernbundes gebildet war. Nach dem 9. Juni erkannte die KPB, wenn auch nicht gleich und nach vielen Schwankungen, daß die Einheitsfront mit dem Bauernbund eine Notwendigkeit sei. Diese richtige Taktik wurde aber von den Massen politisch nicht in vollem Maße erfaßt und, was noch wichtiger ist, wurde auch zum Beginn des Aufstandes nicht organisatorisch durchgeführt.

6.

Die Taktik der Kommunistischen Partei während des September-Aufstandes war richtig. Die Behauptung, daß der September-Aufstand nur eine Aventure, ein „Putsch“ der Parteiführer gewesen sei, ist eine falsche und ungerechte Verleumdung gegen die KPB. Der Aufstand war durch den Umsturz des 9. Juni und die faschistische Regierung provoziert worden, er war ein großer Massenaufstand der Arbeiter und Bauern, die in den Kriegen 1912 bis 1918 von der Bourgeoisie ausgeplündert, ruiniert und niedergemetzelt worden waren und mit Recht den Umsturz des 9. Juni als eine Restaurierung derselben Bourgeoisie betrachteten, die die Arbeiter und Bauern noch mehr entrechten und eine noch größere Niederlage zufügen wollte. Der Umsturz vom 9. Juni machte ihnen klar, daß sie das blutige und räuberische Regime nur mit bewaffneter Kraft stürzen können. Und im September griffen sie zu den Waffen.

Die Kommunistische Partei war darüber unterrichtet, daß der Aufstand

technisch und organisatorisch nicht genügend vorbereitet war, daß die Massen schlecht bewaffnet waren, daß die Verhaftungen die Verbindungen und die Organisation in der Partei zerstört hatten, daß der 9.-Juni-Fehler das Vertrauen zum ZK erschütterte hatte. Konnte aber die KPB die Beteiligung an dem Aufstand deswegen ablehnen, weil die Vorbereitungen dazu nicht getroffen waren, während die Regierung durch Massenverhaftungen und Erklärung der KPB außerhalb des Gesetzes die Massen zwang, zum bewaffneten Kampf zu greifen? In keinem Aufstand kann der Sieg von vornherein vollkommen gesichert werden. Während des September-Aufstandes war die Mehrheit des ZK ebenso wie die überwiegende Mehrheit der Parteiarbeiter im Lande und die Massen selbst vom Sieg fest überzeugt. Die Aufständischen waren so begeistert und glaubten so fest an den Sieg, wie das charakteristisch für alle großen revolutionären Aufstände des Proletariats ist. Endete der Aufstand trotz alledem doch mit einer Niederlage, dann kann das nicht heißen, daß die KPB dadurch einen Fehler gemacht hätte, daß sie sich dem Aufstand angeschlossen hatte. Auch die Pariser Arbeiter im Jahre 1871, auch das russische Proletariat im Jahre 1905 erlebten eine Niederlage. Trotzdem bilden die Pariser Kommune und die erste russische Revolution die größten Etappen im revolutionären Kampf des Weltproletariats. Der September-Aufstand endete mit einer Niederlage, aber das bulgarische Proletariat schöpfte aus dieser eigenen historischen Erfahrung wertvolle Lehren, die ihm zum Endsieg verhelfen werden.

Die tiefe wirtschaftliche und politische Krise, die zugespitzten Klassen-gegensätze und die starke revolutionäre Bewegung, die sich der Massen nach den Kriegen bemächtigte, stellten die KPB vor große neue Aufgaben. Die KPB, die bis dahin hauptsächlich Propaganda und Agitation für den Sozialismus getrieben hatte, wurde gleich nach dem Balkankrieg zur Massenpartei, und die zweite Katastrophe der bulgarischen Bourgeoisie in dem imperialistischen Krieg veranlaßte und verschärfte im Lande die revolutionäre Krise und stellte die KPB vor die Frage der Machtübernahme. Dieser Uebergang von einem legalen Kampf im Rahmen des Parlamentarismus und unter den Bedingungen einer friedlichen Entwicklung des Kapitalismus zu neuen revolutionären Aufgaben, zur Machtergreifung, geschah bei der Kommunistischen Partei nicht auf einmal und nicht ohne Fehler. Wir werden einige dieser Fehler erwähnen.

Die KPB nahm an der Konferenz von Zimmerwald teil; sie schloß sich aber dort der Leninschen Linken, die die Losung der Verbrüderung der Soldaten an den Fronten, der Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg vorgeschlagen hatte, nicht an.

Nach der russischen Revolution wurde auf einem Plenum des Parteitages, der in der KPB die Parteikonferenzen vertrat, die Frage über die Niederlagentaktik erörtert. Der alte Parteiführer D. Blagojew äußerte sich deutlich für diese Taktik, die Mehrheit des Parteitages blieb aber auf dem halben Weg stehen, sie empfahl die Gründung von Soldatenkomitees, die revolutionäre Propaganda und die Verbrüderung an den Fronten, gab aber keine klaren und präzisen Direktiven darüber, welche Stellung die Partei, die einen großen Einfluß auf die Armee hatte, annehmen solle für den Fall einer Zertrümmerung oder Zersetzung der Front. Gerade aus diesem Grunde geschah es, daß, als die Armee im September 1918 eine Niederlage

erlitt und zum Rückzug genötigt war, wobei ein beträchtlicher Teil der Armee revoltierte und an den Toren der Hauptstadt Sofia sich in einen Kampf mit den der Regierung treu gebliebenen Junkern und deutschen Truppen stürzte, die KPB nicht imstande war, diese zweifellos revolutionäre Bewegung zu organisieren, ihre Leitung zu übernehmen, sie mit dem Kampf der Massen innerhalb des Landes zu vereinigen und ihr ein bestimmtes und klares Endziel — die Machtergreifung — zu zeigen.

Nach dem Krieg, als die KPB einen großen Einfluß auf die Massen gewann und sich an die Spitze ihrer Kampfbewegung stellte (sie vereinigte in ihren Reihen ein Viertel aller Wähler im Lande und sandte in das Parlament fünfzig Abgeordnete, sie bemächtigte sich Dutzender von städtischen und Hunderter von Dorfverwaltungen), vermied sie es, den Massenkampf bis zum offenen Konflikt zu verschärfen, vermied auch Zusammenstöße mit der Polizei und den Truppen. Dadurch wurde die Partei zur Passivität erzogen, die Entwicklung der revolutionären Initiative in den Massen wurde gelähmt, und gleichzeitig wurde die Partei daran gehindert, die Zersetzung der Armee zu beschleunigen und die revolutionäre Propaganda in ihren Reihen zu entwickeln.

Der größte Fehler aber, den die KPB begangen hatte, bestand darin, daß sie die Taktik der Einheitsfront der KPB und des Bauernbundes, der Einheitsfront der Arbeiter und Bauern sich nicht in vollem Maße angeeignet und durchgeführt hatte. Die KPB unterschätzte die Rolle, die die Kleinbauern und besitzlosen Bauern unter der Führung des revolutionären Proletariats in solch einem Land wie Bulgarien, wo die Bauern vier Fünftel der Bevölkerung bilden, spielen können.

Die KPB hat nicht verstanden, daß, nachdem sie die Massen gewonnen hatte und der Kampf zwischen der Bauernbundregierung und der Bourgeoisie sich zugespitzt hatte, daß in diesem Augenblick für sie die entscheidende historische Stunde zur Ergreifung der Macht durch den bewaffneten Kampf geschlagen hatte. Ein bewaffneter Kampf um die Macht zwischen der Bourgeoisie und den Arbeiter- und Bauernmassen war unvermeidlich, er reifte in den Jahren 1922 und 1923 heran. Die KPB aber begriff die historische Notwendigkeit des revolutionären Kampfes um die Macht nicht.

Wir haben hier nicht vor, ein erschöpfendes Urteil über die Vergangenheit unserer Partei abzugeben, wir weisen nur auf einige Momente aus dieser Vergangenheit hin, um im historischen Licht den großen verhängnisvollen Fehler des 9. Juni und die Niederlage des September-Aufstandes zu schildern.